



**FLÜCHTLINGSRAT**  
**SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.**



# Jahresbericht 2006

*Jahresbericht 2006* des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V.  
[www.frsh.de](http://www.frsh.de)

## **IMPRESSUM:**

Der *Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein* e.V. ist der Dachverband der unabhängigen im Bundesland engagierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe. Der Verein ist mit der Nummer 502 VR 4075 KI im Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen und vom Finanzamt Kiel als gemeinnütziger Träger anerkannt.

Die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins sind die Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen und politischen Aktionen, der Informationsaustausch, die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, die Durchführung von Schulungen und Bildungsmaßnahmen, die direkte Unterstützung von unbegleiteten, minderjährigen und anderen Flüchtlingsgruppen, sowie die antirassistische und flüchtlingspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

### **Adresse:**

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.  
Oldenburger Str. 25 • D-24143 Kiel  
Tel.: +49-(0)431-735000 • Fax: +49-(0)431-736077  
e-mail: office@frsh.de  
Internet: [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

### **Spendenkonto:**

**Flüchtlingsrat S.-H. • EDG Kiel**  
**KtoNr.: 152 870 • BLZ: 210 602 37**

**Förderung:** Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erhielt im Berichtszeitraum 2006 Spenden, Mitgliedsbeiträge und wurde u.a. gefördert durch das Land Schleswig-Holstein, den Bund, den Europäischen Flüchtlingsfonds, den Europäischen Sozialfonds, BingoLotto, den AKWD, die Stiftung Aktion Mensch und Förderverein PRO ASYL e.V..

**Erscheinungsdatum des Jahresberichts:** Verabschiedet durch die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. am **24. Februar 2007**

# Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

**Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wurde 1989 gegründet und besteht als im Kieler Vereinsregister unter 502 VR 4075 KI eingetragener Verein seit 1991. Er ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen, Organisationen sowie Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein. Grundlage der Arbeit ist die Satzung und das im Jahr 2004 beschlossene Leitbild ([www.frsh.de/ueberu.htm](http://www.frsh.de/ueberu.htm)).**

Der Flüchtlingsrat berät und unterstützt seine Mitglieder, Migrationseinrichtungen, Flüchtlings- und Exilorganisationen. Seine Satzung weist den Verein aus als Träger themen- und zielgruppenspezifischer Projektarbeit, von Beratungs-, Bildungs- und Schulungsangeboten sowie als Koordinator bündnisgetragener Kampagnen und eigener Maßnahmen der flüchtlings- und migrationspolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Bündnis- und Netzwerkstrategien sind für den Flüchtlingsrat Programm: Der Flüchtlingsrat ist Mitglied der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V., er ist mit den anderen Landesflüchtlingsräten vernetzt und kooperiert in Bundesgremien der EQUAL-Asyl-Entwicklungspartnerschaften. Landesweit kooperiert der Flüchtlingsrat regelmäßig u.a. mit Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Selbstorganisationen von Flüchtlingen und MigrantInnen, Parteien, Behörden, gesellschaftlichen Organisationen und regionalen politischen Aktionsgruppen. So ist der Flüchtlingsrat aktiv in regionalen Netzwerken zielgruppenspezifischer Integrationsförderung und beruflicher Weiterbildung. Er ist Gründungsmitglied des *Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein* sowie des *Netzwerkes illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein* (NISCHÉ). Der Verein ist Mitglied im *Ökumenischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche* und ist vertreten im *Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung* und in der Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holstein.

Der Flüchtlingsrat ist als gemeinnütziger Träger anerkannt und finanziert seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, durch institutionelle und projekt-bezogene Landesförderung, durch Bingo Lotto-Mittel und der Europäischen Union (EFF, EQUAL), des Bundes, des Fördervereins PRO ASYL, der Stiftung Aktion Mensch, dem AKWD und anderen Drittmittelgebern.

Sitz des Vereins und der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein und der im Folgenden benannten Projekte ist die Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel-Gaarden (T. 0431-735 000, [office@frsh.de](mailto:office@frsh.de), [www.frsh.de](http://www.frsh.de)). Die Mitgliederversammlung fand am 25. Februar 2006 in Kiel statt.

Die beiden eigenständigen ebenfalls gemeinnützigen Vereine, *FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* (VereinsregisterNr 502 VR 4094 KI) und *lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* (VereinsregisterNr 502 VR 4516 KI), haben ebenfalls ihren Sitz am Ort der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates. Der *FÖRDERVEREIN* sammelt Spenden und wirbt Förderer für die Flüchtlingshilfe. Der Verein *lifeline* hat im Berichtszeitraum Vereinsvormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge übernommen und private VormünderInnen begleitet und geschult. Über beide Vereine geben jeweils spezielle Seiten auf der Homepage des Flüchtlingsrates Auskunft ([www.frsh.de](http://www.frsh.de)).

*Elisabeth Hartmann-Runge, Michael Wulf, Gisela Nuguid*

# Who is who

## Vorstand:

- Vorsitzende: Pastorin Elisabeth Hartmann-Runge, Ökumenebeauftragte im Kirchenkreis Lübeck.
- Stellvertretender Vorsitzender: Rechtsanwalt Michael Wulf, Kiel.
- Kassenwartin: Gisela Nuguid, Migrationssozialberaterin, Norderstedt.

## Das Team

### Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates:

- Martin Link, Geschäftsführung und Koordinierung EFF-Projekt.
- Gabriele Köhler und Marzena Watroba, Verwaltung.

### EQUAL-Entwicklungspartnerschaft (EP)

#### *Land in Sicht!*

- Claudia Langholz, Koordination der EP und des transnationalen Kooperationsnetzwerks *MOLE*.
- Naciye Demirbilek: Finanzkoordination der EP und Koordination Teilprojekt *Inhouse*-Schulungen.
- Silke Dietrich, Koordination Teilprojekt INFONET
- Sabine Wollenhaupt, Finanzcontrolling.

### Projekt *access*/EQUAL-

#### Entwicklungspartnerschaft *NOBI*:

- Astrid Willer, Koordination Teilprojekt *access*
- Farzaneh Vagdy-Voß, *access*-Finanzkoordination & Beratung.
- Marianne Kröger, Recherche, web-Redaktion.

### Abschiebehafberatung:

- Achim Weinrich, Ehrenamtliche Beratung für Abschiebungshäftlinge in der JVA Rendsburg.

### Härtefallkommission:

In der Härtefallkommission war Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ehrenamtlich vertreten durch:

- Arno Köppen, Tellingstedt, Rechtsanwalt,
- Solveigh Deutschmann, Nortorf,
- Leman Rüschemeier, Hamburg, Migrationssozialberaterin,
- Silke Nissen, Drage (bis 6/2006), Migrationssozialberaterin,
- Peter Martensen, Husum (seit 7/2006), Migrationssozialberater.

### *lifeline* – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.:

- Marianne Kröger, Koordination.

## Die Mitgliederversammlung

Die jährliche ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins *Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* fand am 25.2.2006 in Kiel statt. Die Mitglieder bestätigten bei dieser Gelegenheit die Vorsitzende, Pastorin Elisabeth Hartmann-Runge, und die Kassenwartin, Migrationssozialberaterin Gisela Nuguid, in ihren Ämtern und wählten den Kieler Rechtsanwalt Michael Wulf zum stellvertretenden Vorsitzenden. Die Vereinsmitglieder hatten zuvor die Pläne des Kieler Innenministeriums zur i.d.R. unbefristeten landeszentralen Unterbringung und zur Inbetriebnahme eines sog. Ausreisezentrums in Neumünster erörtert. Die Mitgliederversammlung lehnte ein sog. Ausreisezentrum für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein ab. ([www.frsh.de/presse/pe\\_27\\_02\\_06.htm](http://www.frsh.de/presse/pe_27_02_06.htm)).

## Haushalt und Förderung

Der Haushalt des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein belief sich 2006 auf ca. 734.000 € für die eigenen Arbeitsbereiche und Projekte. Darüber hinaus hat der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum als Zuwendungsempfänger der EQUAL-Entwicklungspartnerschaften *perspective* und *Land in Sicht!* ca. 500.000 € an Fördermitteln zur Weiterleitung an Kooperationspartner erhalten.

Es ist dem Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum mit Wirkung darüber hinaus gelungen, die vom Land Schleswig-Holstein zugesprochene institutionelle und Projektförderung als Kofinanzierung einzusetzen und auf diesem Wege verbindlich EU-Fördermittel (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Flüchtlingsfonds) z.T. bis Ende 2008 zu binden.

Des Weiteren erhielt der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen Zuschüsse von der Stiftung Aktion Mensch, vom Förderverein PRO ASYL e.V., von Terre des Hommes, vom AKWD und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

# Lobby und Unterstützung von Flüchtlingen in 2006

**Im 15. Jahr seines Bestehens als eingetragener Verein sah sich der Flüchtlingsrat der gesamten zugespitzten landes- und bundesspezifischen flüchtlings- und migrationspolitischen Themenpalette gegenüber: angefangen bei der Flüchtlingsberatung über die Integrations- und Arbeitsmarktförderung, Behörden- und Härtefallkommissionspraxis, Bleiberechtskampagne so wie die Rückkehrförderungsdebatte bis hin zum sog. „Ausreisezentrum“, der Abschiebungshaft, den Konsequenzen europäischer Abschottungspolitik und der fortschreitenden Illegalisierung von Flüchtlingen. Hier mussten tagespolitisch und projektorientiert Schwerpunkte, auch hinsichtlich bestimmter Fluchtherkunftsländer oder besonderer Einzelfälle gesetzt werden. Dabei ist der Flüchtlingsrat sich treu geblieben, seine Ziele in der themenorientierten Öffentlichkeitsarbeit sowie bei zielgruppenspezifischen Projekten nach Möglichkeit in Kooperationen und in Bündnissen zu realisieren. Angesichts der politischen Konjunktur gab es im Berichtsjahr ausreichend Anlässe für lobbyistisches Engagement gegenüber Parteien und staatlichen Stellen. Mittels öffentlicher Veranstaltungen und Publikationen sowie presseorientiert brachte der Flüchtlingsrat seine Position in die flüchtlings- und migrationspolitische Debatte ein : parteilich im Bemühen und im Ziel versachlichend.**

Auch im Jahr 2006 haben die weltweiten Gründe, die Menschen in Richtung eines Über- oder besseren Lebens in die Flucht treiben oder fern der Heimat neue Perspektiven suchen lassen, nicht abgenommen. Doch die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge und Vertriebenen blieb auch 2006 im Binnenland oder in der Herkunftsregion: darunter laut UNHCR Afghanen (2,9 Mio.), Kolumbianer (2,5 Mio.), Iraker (1,8 Mio.), Sudanesen (1,6 Mio.) und Somalier (839.000). Diejenigen, die an den höchstgesicherten europäischen Außengrenzen auf spanischen Inseln oder an italienischen Stränden oder über europäische Flughäfen ein Schlupfloch finden, sind Wenige. Demgegenüber sind viele tausend Flüchtlinge im Berichtszeitraum beim Versuch der Einreise nach Europa im Meer ertrunken, kamen an spanischen Sperranlagen oder auf griechischen Minenfeldern zu Tode, wurden in ukrainischen Lagern interniert, von libyschem oder marokkanischem Militär in die Wüste deportiert.

In Deutschland wurden im Jahr 2006 nur 21 029 neue Asylgesuche registriert - der niedrigste Stand seit 1977. Die Zahl der Asylantragstellungen ist im Vergleich zum Jahr 2005 um über 27 % zurückgegangen. Die Asylanerkennungsquote der zuständigen Verwaltungsinstanz tendierte mit 0,8% wie schon im Vorjahr gegen Null. In den 25 Staaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2006 weniger als 200 000 neue Asylanträge verzeichnet. In Schleswig-Holstein zählt das Innenministerium Ende 2006 knapp 3.100 geduldete Flüchtlinge – das sind 0,11% der Bevölkerung. Aus der Landesstatistik des Vorjahres lassen sich zudem allenfalls 2.000 Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind, schätzen. Diese geringen Zahlen disharmonieren mit dem bisweilen erlebten restriktiven Verwaltungsumgang mit bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen.

Auf Bundesebene war das Jahr gekennzeichnet durch migrations- und integrationspolitische Profilierungen der Regierungskoalition und Mehrheitsbildung in den Ländern, die eine künftig verstärkte Integrationsförderung von „nützlichen“ (Beckstein) MigrantInnen bei gleichzeitiger verstärkter Aufenthaltsbeendigung von Menschen, „an denen kein Integrationsinteresse besteht“ propagieren. Dieser Prozess konkretisierte sich an öffentlichen kontroversen Debatten um Schlagworte wie Einbürgerungstests, Integrationsverweigerung, Bleiberechtsregelung, Islamismus oder illegale Einwanderung.

Das Berichtsjahr war das zweite Jahr der Anwendung des neuen Zuwanderungsgesetzes (ZuwG), seiner ersten Evaluierung und eines intensiven politischen Streits über Verschärfungen im Zuge des 2. Änderungsgesetzes zum ZuwG. 2006 war aber auch das Jahr des Inkrafttretens des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, mit dem zwar die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie in nationales Recht übertragen, bestehende normierte Diskriminierungen von noch bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen aber nicht beseitigt wurden.

Vor diesem Hintergrund ist in 2006 die Verteidigung humanitärer und solidarischer Standards in der Arbeit des Flüchtlingsrates zwangsläufig zum Schwerpunkt geworden: Beteiligung an landesweiten Protesten gegen das neue sogenannte Ausreisezentrum in Neumünster, kritische Auseinandersetzung mit Angeboten

sogenannter Rückkehrförderung für ausreisepflichtige Flüchtlinge, Engagement um den Erhalt von flüchtlingspolitisch engagierten Migrationssozialberatungsstellen, Mitarbeit in der Härtefallkommission des Landes und die Wiederaufnahme des Projektes ehrenamtlicher Beratung für Abschiebungshäftlinge in Rendsburg.

Aber der Flüchtlingsrat hat auch sein Bemühen um innovatives integrationspolitisches *Trendsetting* fortgesetzt: Maßnahmen und Angebote zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeitsmarkt wurden ausgebaut, Projekte zur Förderung des Empowerments von Flüchtlingen fortgesetzt oder zielgruppen- und institutionsspezifische Schulungen interkultureller Kompetenz landesweit realisiert. Im Rahmen des Engagements in den EQUAL-Entwicklungspartnerschaften *Land in Sicht!* und *NOBI* und mit dem EFF-Mehrjahresprojekt „*Vernetzung ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe*“ ist es dem Flüchtlingsrat gelungen, europäische Projektförderung zu binden und den Bedarf an nachhaltiger Integrationsförderung auch von Flüchtlingen öffentlich nachvollziehbar zu machen. Im NISCHE-Bündnis mit anderen Organisationen konnte eine vielbeachtete Tagung zur Situation „illegaler“ Menschen durchgeführt und auf diesem Wege die Diskussion um bestehende Bedarfe zielführender rechtspolitischer Lösungen auch in Schleswig-Holstein öffentlich gesetzt werden.

Von Fall zu Fall ist es im Berichtsjahr gelungen, aktuelle Entwicklungen und Themen aufzugreifen: Der Flüchtlingsrat führte in Kooperation mit Anderen eine Tagung zum Antidiskriminierungsgesetz durch, beteiligte sich an Podien zum sog. „Ausreisezentrum“, zum sog. Karikaturenstreit, zur Lagerpolitik oder zum Cap-Anamur-Prozess. Er realisierte Film- und Informationsveranstaltungen zu klassischen Fluchtursachen oder zur Situation in Herkunftsländern wie Afghanistan, dem Libanon, der Türkei, der D.R. Kongo oder Palästina.

Gleichzeitig war das Berichtsjahr in der Arbeit des Vereins und seiner Geschäftsstelle gekennzeichnet durch weiter gestiegene Nachfrage an Einzelfallberatung aus dem Kreis der Mitglieder, anderer in der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen Engagierter und seitens direkt Betroffener. Neben gezielten Schulungsangeboten reagierte der Flüchtlingsrat durch systematische Erarbeitung und Multiplikation von Handreichungen und speziellen für die Beratungs- und Unterstützungsarbeit relevanten (z.T. mehrsprachigen) Arbeitsmaterialien und durch eine gestiegene Anzahl an MultiplikatorInnenberatungen auf diese Entwicklung. Daran wird deutlich, dass die Funktion der Geschäftsstelle als Börse für Informationen, Beratung und Materialbezug zu flüchtlings-, migrations- und integrationsspezifischen Themen gegenüber den Vorjahren weiter gewachsen ist. Die Kolleginnen in der Verwaltung nehmen täglich zahlreiche telefonische und Mail-Anfragen von Beratungsbedürftigen entgegen, vermitteln an ehrenamtliche oder hauptamtliche Beratungsangebote oder versenden landes- und bisweilen bundesweit beraterrelevante Materialien.

Bei aller Kritik an der flüchtlings- und migrationspolitischen Gesamtentwicklung, konnten im Berichtszeitraum regelmäßige oder spezielle Gespräche mit VertreterInnen der Fachaufsichten, Bundesverwaltungen, Landes- und Kommunalbehörden stattfinden. Der Flüchtlingsrat bemühte sich dabei wie auch in den Vorjahren insbesondere mit Blick auf Arbeitsintegration und die Probleme geduldeter Flüchtlinge um eine ermessenspositive Verwaltungspraxis und Erlasslage sowie um bundespolitische Initiativen des Landes Schleswig-Holstein. Leider verliefen solche Gespräche nicht mit dem gewünschten Erfolg, wenn es um staatliche Förderung bei der Versorgung von Kinderflüchtlingen oder z.B. den Erhalt spezieller Migrationssozialberatungsstellen ging.

Erfreulich ist jedoch zu verzeichnen, dass die Positionen des Flüchtlingsrates bei Abgeordneten aus den im Land- und Bundestag vertretenen Parteien wie auch von Seiten regionaler und überregionaler Print- und Funkmedien zunehmende positive Aufmerksamkeit erregen. Dieses nehmen wir als Bestätigung für den richtigen Kurs.

*Elisabeth Hartmann-Runge, Michael Wulf, Gisela Nuguid*

# Öffentlichkeitsarbeit

## Quartalsmagazin *DER SCHLEPPER*

Das Quartalsmagazin *DER SCHLEPPER* erscheint seit 1997 mit Beiträgen zur flüchtlings- und integrationspolitischen Diskussion, mit Hintergrundberichten zu globaler Migration, Fluchtursachen und Herkunftsländern, mit Informationen zur Verwaltungspraxis und Rechtsprechung, mit Schulungs- und Materialhinweisen, Veranstaltungstipps, mit Berichten aus der Projekt- und Beratungspraxis sowie aus der regionalen Menschenrechtsarbeit und Flüchtlingssolidarität. Regelmäßige LeserInnen sind die Mitglieder des Flüchtlingsrates, Migrationsfachstellen, relevante Beratungseinrichtungen und Solidaritätsinitiativen im Land, Verbände und Religionsgemeinschaften, MigrantInnenselbstorganisationen, Bildungsinstitutionen, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, Justizverwaltungen, Gerichte, Medien, Parteien, Fraktionen und Abgeordnete sowie sonstige an den Themen des Magazins Interessierte.

*DER SCHLEPPER* erschien in 2006 mit den Ausgaben

- Nr. 34, Frühjahr 2006, Schwerpunkt: „Die Welt zu Gast bei Freunden?“
- Nr. 35, Sommer 2006, Sonderheft „Flüchtlingsschutz im Abseits“
- Nr. 36, Herbst 2006, Schwerpunkt „Kleine Fluchten und globale Migration“
- Nr. 37, Winter 2006, Sonderheft „Integration neu denken“

Alle Ausgaben sind zeitgleich auf der web-Seite *Der Schlepper-online* ins Internet gestellt worden: [www.frsh.de](http://www.frsh.de). Der Schlepper erscheint regelmäßig mit einer Auflage von 1.600 Exemplaren. Ausgabe Nr. 35 ist in Kooperation mit PRO ASYL entstanden und hatte eine Auflage von 2.000 Exemplaren; Nr. 37 wurde in Zusammenarbeit mit den anderen Landesflüchtlingsräten herausgebracht und 4.200 mal gedruckt.

## Sonstige Publikationen

Datum	Titel/Thema	Hrsg.	Auflage
Februar	Infolyer zum Projekt <i>inhouse-Schulungen</i>	EQUAL-LiS!/Flüchtlingsrat SH	350
März	„Land in Sicht Kurier“ 1/2006: mit Beiträgen zu Bildung und Arbeit für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge	EQUAL-Land in Sicht!/Flüchtlingsrat SH	2.000
April	<i>access-Newsletter</i> Nr. 2: Arbeitsintegration von bleiberechtigten Flüchtlingen und anderen MigrantInnen	EQUAL-NOBI-Projekt <i>access</i> /Flüchtlingsrat SH	500
Juli	„Land in Sicht Kurier“ 2/2006: mit Beiträgen zu Bildung und Arbeit für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge	EQUAL-EP Land in Sicht!/Flüchtlingsrat SH	2.000
Oktober & Dezember	zwei Flyer „Basisinformation Duldung“ & „Basisinfo. Aufenthaltsgestattung“	EQUAL-Land in Sicht!-Projekt InfoNet/Flüchtlingsrat SH	je. 4.000
Oktober	„Land in Sicht Kurier“ 3/2006: Extraausgabe zur Zwischenbilanz der EQUAL-Integrationsförderung für noch bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge in SH	EQUAL-Land in Sicht!/Flüchtlingsrat SH	2.000
Oktober	Dokumentation der Fachtagungen vom 24.1.2006 „Traumatisierung und Qualifizierung – ein Widerspruch?“	EQUAL-Projekt <i>inhouse-Schulungen</i> & Flüchtlingsrat SH	1.000
November	Dokumentation der Fachtagungen vom 4.3. & 27.9.06 „Hartz IV und Migration“	EQUAL-NOBI-Projekt <i>access</i> /Flüchtlingsrat SH u.A.	500
November	<i>access-Newsletter</i> Nr. 3: Arbeitsintegration von bleiberechtigten Flüchtlingen und anderen MigrantInnen	EQUAL-NOBI-Projekt <i>access</i> /Flüchtlingsrat SH	500
28.12.	Dokumentation Seminar „Mit Duldung zu Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis“	EQUAL-Land in Sicht!-Projekt InfoNet/Flüchtlingsrat SH	500
28.12.	10 fremdspr. Übersetzungen des Flyers <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Basisinformation Arbeitserlaubnis“</li> </ul>	EQUAL-Land in Sicht!-Projekt InfoNet/Flüchtlingsrat SH	10 x 700

## Internet

Die online-gestützte Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates ergänzt die publikationsgestützten Angebote. Dies schafft den Zielgruppen von Informationsangeboten einen jederzeit möglichen dezentralen und zeitnah aktualisierten Zugriff auf eine Vielzahl beratungsrelevanter Informationen und aktueller Nachrichten. Die internetgestützte Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates hat sich im Berichtsjahr weiter themen- und zielgruppenspezifisch diversifiziert. Die Angebote kommentierende Rückmeldungen aus dem Kreis unterschiedlichster NutzerInnengruppen sind positiv. Das Ranking der verschiedenen Web-Seiten des Flüchtlingsrates ist hoch.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Jahr 2006 eine weiterhin steigende Nachfrage beim Zugriff auf seine Web-Seiten erlebt. Allein auf Seiten des Portals *frsh.de* erfolgten 116.873 Besuche (28 Prozent Steigerung; im Vorjahr 91.600) und 996.442 Anfragen (23 Prozent Steigerung; im Vorjahr 809.442). Über folgende web-Seiten hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein im Berichtsjahr online-gestützt Informationen multipliziert:

<a href="http://www.frsh.de">www.frsh.de</a>	Portal des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein mit Seiten zu: Informationen über den Flüchtlingsrat; Behördenstruktur und Erlasslage; HFK; Pressemitteilungen; Terminen & Veranstaltungen; <i>Der Schlepper</i> -online & andere Online-Publikationen; Abschiebungshaft; Schulungs- & Unterrichtsmaterialien; Beratungsstellenadressen; Links; Mailinglistenzugänge; FÖRDERVEREIN des Flüchtlingsrates; EQUAL-EPn <i>perspective</i> und <i>Land in Sicht!</i> u.a..
<a href="http://www.infonet-frsh.de">www.infonet-frsh.de</a>	Online-Angebot des EQUAL- <i>Land in Sicht!</i> -Projektes <i>InfoNet</i> mit einem vielfältigen Informationsangebot zu Bildungs- und Berufszugängen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge für Betroffene und MultiplikatorInnen.
<a href="http://www.access-frsh.de">www.access-frsh.de</a>	Domain des EQUAL- <i>NOBI</i> -Projektes <i>access</i> mit einem vielfältigen Informationsangebot zu Bildungs- und Berufszugängen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge und andere Migrantinnen und Migranten für Betroffene und MultiplikatorInnen.
<a href="http://www.hiergeblieben.info">www.hiergeblieben.info</a>	Vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein moderierte Seite des <i>Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein</i> .
<a href="http://www.lifeline-frsh.de">www.lifeline-frsh.de</a>	Seiten des „ <i>Lifeline-Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.</i> “ mit Informationen zur rechtlichen Situation von UMF; zur relevanten Landespolitik; Leitfaden UMF; Adressen; zur Vormundschaftsarbeit; Veranstaltungen etc.
<a href="http://www.baltic-refugee.net">www.baltic-refugee.net</a>	Web-Seite des Flüchtlingsrats mit asyl- und ausländerrechtlichen Informationen im Ostseeraum.

Die „*Mailingliste Schleswig-Holstein*“ besteht seit 2000. Bis Ende 2006 hatten sich 380 NutzerInnen (40 Prozent Steigerung) eingetragen. Schwerpunkt ist die Multiplikation von Informationen und Materialien für die politische, soziale und juristische Unterstützungsarbeit sowie Materialien für die Beratung im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Berichtszeitraum wurden über die Liste 430 Nachrichten und Dokumente versandt.



## Presse

45 Presseerklärungen hat der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum veröffentlicht (vgl. S. 9-11). Der Aufgriff in der Presseberichterstattung hat dabei zugenommen. Das Jahr 2006 zeichnete sich darüber hinaus über ein offensives Herantreten von Print- und FunkmedienvorteilerInnen an den Flüchtlingsrat aus. Themen, die seitens Journalistinnen und Journalisten nachgefragt worden sind waren u.a. unsere Meinung zur migrations- und integrationspolitischen Debatte bzw. zu den Beschlüssen der IMK, (Zwischen)Ergebnisse zum Thema Bleiberechtsregelung, die Lagerunterbringung von Flüchtlingen, die Flüchtlings- und Migrationssozialberatung, Situation sog. Illegalisierter und diesbezügliche rechtspolitische Fragen, Fragen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge und MigrantInnen, Abschiebungen in die Türkei, in den Irak, nach Afghanistan oder in andere Problemstaaten, Recherchen zu speziellen Einzelfällen oder vom Flüchtlingsrat organisierte Veranstaltungen (Türkei, Libanon, Palästina, Irak, DR Kongo u.a.). In den elektronischen Presseverteiler des Flüchtlingsrats hatten sich bis Ende des Berichtszeitraums 162 MedienvertreterInnen eingetragen (8 Prozent Steigerung).

Martin Link

## Pressemitteilungen

- 4.12.2006 Druckfrisch: Quartalsmagazin DER SCHLEPPER Nr. 37  
**„INTEGRATION NEU DENKEN!“**
- 28.11.2006 Zum Cap-Anamur-Prozess-Beginn in Agrigento:  
**FLÜCHTLINGSRAT schließt sich dem Aufruf "Humanitäre Hilfe ist keine Straftat" an**
- 17.11.2006 Zur Bleiberechtsregelung der Innenminister:  
**FLÜCHTLINGSRAT KRITISIERT BLEIBERECHTSBESCHLUSS ALS KLEINMÜTIG.**  
Grosse Erwartungen an die angekündigte gesetzliche Regelung.
- 15.11.2006 Kieler Tagung mit internationaler Beteiligung:  
**ISRAEL-PALÄSTINA – Ein KONFLIKT OHNE ENDE?**  
Dialog der Dissidenten aus Palästina, Israel und Deutschland zu Konfliktursachen und Lösungen im Nahen Osten
- 14.11.2006 Zur Einigung der Bundesregierungskoalition auf gesetzliche Bleiberechtsregelung:  
2. Meldung **FLÜCHTLINGSRAT SH und PRO ASYL fordern von der Innenministerkonferenz ABSCHIEBESTOPP BIS ZUM INKRAFTTRETEN DER BLEIBERECHTSREGELUNG!**
- 14.11.2006 Vor der Innenministerkonferenz in Nürnberg:  
**FLÜCHTLINGSRAT SH und PRO ASYL fordern großzügige Bleiberechtsregelung.**  
Ausschluss der Iraker verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz und den Schutzgedanken des EU-Flüchtlingsrechts. Iraker wird empfohlen, Schutz gem. EU-Qualifikationsrichtlinie zubeantragen!
- 8.11.2006 Vor der Innenministerkonferenz in Nürnberg:  
**Innenminister planen: Bleiberecht nur für eine Minderheit?**  
Bündnis Bleiberecht fordert von Abgeordneten politische Einflussnahme:  
– für eine sozial angemessene Bleiberechtsregelung – auch für irakische Flüchtlinge!
- 6.11.2006 Zur Weltklimakonferenz in Nairobi:  
**Klimawandel für zunehmendes Flüchtlingseleid verantwortlich.**  
Flüchtlingsrat fordert Hilfe durch großzügige Flüchtlingsaufnahme.
- 20.10.2006 **Verhandlungen um Bleiberechtsregelung**  
FLÜCHTLINGSRAT SH und PRO ASYL fordern echtes Aufenthaltsrecht statt Duldung. Protest dagegen, Geduldete und humanitär Bleibeberechtigte dauerhaft vom Existenzminimum und Iraker pauschal aus einer Bleiberechtsregelung auszuschließen.
- 10.10.2006 **1800 UNTERSCHRIFTEN GEGEN ROTSTIFT BEI MIGRATIONSSOZIALBERATUNG:**  
- 150 FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN DEMONSTRIEREN VOR DEM KIELER INNENMINISTERIUM.  
- INNENVERWALTUNG SAGT KLÄRUNGSGESPRÄCHE ZU.
- 28.9.2006 AUFRUF an Träger, Beratungsstellen, Flüchtlinge, andere Migrationssozialberatungsinteressierte und die Öffentlichkeit zur Beteiligung am  
**"LANDESWEITEN TAG DER FLÜCHTLINGSBERATUNG BEIM KIELER**

## **INNENMINISTERIUM"**

KUNDGEBUNG am 10. Oktober 2006 zum Protest von Einrichtungen und betroffenen MigrantInnen & Flüchtlingen gegen Streichung der Landesförderung bei der Migrationssozialberatung vor dem Innenministerium Schleswig-Holstein

- 28.9.2006 **BÜNDNIS BLEIBERECHT FORDERT AM TAG DES FLÜCHTLINGS:  
DEN 3. OKTOBER ZUM "TAG DER DEUTSCHEN EINSICHT" MACHEN!**  
"ENDLICH BLEIBERECHT FÜR LANGJÄHRIG GEDULDETE SCHAFFEN!"
- 27.9.2006 Zum TAG DES FLÜCHTLINGS:  
**KATASTROPHALE BILDUNGS- UND AUSBILDUNGSSITUATION FÜR JUGENDLICHE FLÜCHTLINGE**  
OFFENER BRIEF AN BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER ZU SEINER BERLINER REDE: BILDUNG FÜR ALLE!
- 26.9.2006 **FLÜCHTLINGRAT BEGRÜSST KIELER VORGRIFFSERLASS AUF BLEIBERECHT**
- 25.9.2006 HAUSHALTSBERATUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN:  
**DROHENDER KAHLSCHLAG IN DER FLÜCHTLINGSBERATUNG?**  
Flüchtlingsrat schlägt vor der Sitzung von Finanzausschuss und Innen- & Rechtsausschuss am 27.9.06 Alarm
- 20.9.2006 **Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert Integration auch für Flüchtlinge**  
PRO ASYL, DGB, INTERKULTURELLER RAT & VERBAND BINATIONALER PARTNERSCHAFTEN fordern großzügige Bleiberechtsregelung anstatt Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik!
- 19.9.2006 Zum WELTKINDERTAG 2006:  
**Verein LIFELINE und FLÜCHTLINGSRAT Schleswig-Holstein fordern uneingeschränkte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.**  
FORDERUNG: Freier Zugang zu Bildung und Ausbildung für Kinderflüchtlinge!
- 15.9.2006 **FLÜCHTLINGSRAT SH und PRO ASYL protestieren gegen Abschiebungen aus Spanien**  
Ex-Cap-Anamur-Chef Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt in Schleswig-Holstein
- 14.9.2006 **Veranstaltungen in Kiel & Lübeck: "ENDE EINER RETTUNGSFAHRT"**  
 Die "Cap Anamur", das Flüchtlingseiland in den Meeren und die Kriminalisierung der Humanität
- 13.9.2006 **FORUM des Flüchtlingsrates protestiert gegen Mittelstreichung bei Migrationssozialberatung**  
"Drohender Kahlschlag bei der Flüchtlingsberatung!"
- 3.9.2006 **Abdulla Mehmud erhält vom Flüchtlingsrat den "Leuchtturm des Nordens 2006"**  
 Ex-UNHCR-Chef Stefan Berglund kritisiert Kieler Streichkonzert bei der Migrationssozialberatung als "falsche Politik"
- 31.8.2006 **Menschenrechtspreis der Stiftung PRO ASYL geht an den Lübecker Kapitän Stefan Schmidt**  
Stefan Schmidt und Elias Bierdel kommen im September zu Veranstaltungen nach Kiel und Lübeck
- 29.8.2006 **30. August: Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebungshaft**  
 Keine weiteren Verschärfungen bei der Abschiebungshaft
- 28.8.2006 **15 Jahre Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.**  
2. September: Sommerfest und Preisverleihung "Leuchtturm des Nordens 2006" in Kiel
- 1.8.2006 **Krieg und Flüchtlingsdrama im Libanon:**  
 FLÜCHTLINGSRAT und PRO ASYL fordern großzügige Aufnahme libanesischer Flüchtlinge.  
 Heinrich-Böll-Stiftung & Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein laden zu Podiumsdiskussion ins Kieler Rathaus.
- 24.7.2006 **Bundesministerium des Innern legt Evaluationsbericht zum Zuwanderungsgesetz vor.**  
FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN & PRO ASYL: "Vorgeschlagene Änderungen sind ein Katalog der Grausamkeiten!"
- 19.7.2006 **Abschiebestopp für den Libanon erlassen:**  
 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt schnelle Maßnahme des Kieler Innenministeriums und befürwortet großzügige Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Libanon.
- 19.7.2006 **Wild-West in Sylt Ost:**  
 Verwaltungswillkür auf dem Rücken von Flüchtlingen.  
 Inselbehörde stellt lieber Strom ab, statt dringende Sanierung einer Flüchtlingsunterkunft vorzunehmen.
- 18.7.2006 Husum statt Kinshasa!

## **Bleiberechtsbündnis Schleswig-Holstein fordert D.R.Kongo-Abschiebestopp und Bleiberecht für Husumer Familie Makitu**

- 16.7.2006 **Krieg im Libanon:**  
 Tausende auf der Flucht vor Bombardements von Wohnvierteln.  
 Flüchtlingsrat fordert Abschiebestopp und großzügige Aufnahme libanesischer Flüchtlinge.
- 13.7.2006 Integrationsgipfel der Bundesregierung: Flüchtlinge hochmotiviert und ausgegrenzt!  
**Kieler Flüchtlingsrat fordert für Flüchtlinge nachhaltige Integration statt Ausgrenzung.**
- 28.6.2006 **Demonstration für Familie Makitu in Husum:**  
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein protestiert gegen Abschiebungen in die Demokratische Republik Kongo und fordert Bleiberecht.
- 1.6.2006 Auftaktveranstaltung in Kiel mit VertreterInnen des Flüchtlingsrates  
**Grips-Theater spielt bundesweit für das Bleiberecht**
- 2.5.2006 **Zur Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen:**  
- Kieler Flüchtlingsrat fordert eine humanitäre Bleiberechtsregelung  
- Delegation schleswig-holsteinischer junger Flüchtlinge reist zur Innenministerkonferenz nach Garmisch-Partenkirchen.
- 27.4.2006 **Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert Innenminister Stegner auf, beim Bleiberecht für Geduldete in der Innenministerkonferenz „kompromisslos großzügig“ zu bleiben**
- 13.4.2006 **Rückkehrisiken und zunehmende Gewalt gegen Kurden in der Türkei**  
Kieler Flüchtlingsrat fordert Türkei-Abschiebestopp
- 31.3.2006 **Kein Aprilscherz: Dauerkasernierung von Schutzbedürftigen**  
Flüchtlingsrat protestiert gegen Inbetriebnahme des neuen „Ausreisezentrums“ in Neumünster und fordert die umgehende Schließung
- 27.3.2006 Delegation zu Newroz Feiern in Osttürkei -  
**Flüchtlingsrat: „Erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen in die Türkei unverantwortlich“**
- 21.3.2006 **Gewalt, soziale Not und Zukunftslosigkeit am Hindukusch**  
- Kieler Flüchtlingsrat begrüsst die Forderung der Nordelbischen Kirche nach einem Moratorium bei den Abschiebungen nach Afghanistan  
- und protestiert gegen die Verbreitung von Fehlinformationen über die Rückkehrbedingungen durch die IOM
- 19.3.2006 Demonstration in Neumünster fordert:  
**Kein Ausreisezentrum in Neumünster oder anderswo!**
- 14.3.2006 Eutiner Ausländerbehörde ignoriert akute Traumatisierung  
**Polizeilicher Großeinsatz zur Abschiebung einer schwer kranken kurdischen Familie in Bad Schwartau gescheitert**
- 27.2.2006 Flüchtlingsrat wählt neuen Vorstand  
**Mitgliederversammlung lehnt Ausreisezentrum ab und fordert seriöse Rückkehrförderung anstatt von Rückkehrberatung als bloße Reiseauskunft**
- 2.2.2006 FLÜCHTLINGSRAT und PRO ASYL fordern: Bleiberechtsregelung statt Ausreisezentrum!  
**Gesetzentwurf zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes stößt auf breite Kritik**
- 18.1.2006 10 Jahre Brandanschlag auf die Lübecker Hafenstrasse:  
**Politische und administrative Ursachen für rassistische Gewalt wirken fort!**
- 12.1.2006 Baden-Württemberg will an Gesinnungstest für muslimische Einbürgerungswillige festhalten  
**Kieler Innenministerium: Kein "Muslimtest" in Schleswig-Holstein**

# Politische Initiativen, Themen und Projekte

## Innenministerkonferenz

Im Berichtsjahr hat der Flüchtlingsrat mit Blick auf die Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder (IMK) v.a. die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete in Gesprächen mit Kieler Ministeriumsvertretern und den im Landtag vertretenen Parteien, in Kundgebungen, Podiums- und Theaterveranstaltungen und in der medienorientierten Öffentlichkeitsarbeit transportiert. Der Flüchtlingsrat hat dabei eng mit dem Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein kooperiert. Weiterhin hat er gemeinsam mit den anderen Landesflüchtlingsräten und PRO ASYL zu den bundesweiten Demonstrationen für eine Bleiberechtsregelung an den Orten der IMK aufgerufen. Eine Gruppe jugendlicher Flüchtlinge hat unter dem Dach des Flüchtlingsrates die schleswig-holsteinische Regionalgruppe der Kampagne „Jugend ohne Grenzen“ gegründet und hat an Konferenzen und Aktionen von *Jugend ohne Grenzen* am Rande der Innenministerkonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg teilgenommen. Indes kann das Ergebnis der Nürnberger IMK-Bleiberechtsregelung nicht befriedigen. Der Flüchtlingsrat wird dementsprechend sein Engagement für eine großzügige und gesetzliche Bleiberechtsregelung auch künftig fortsetzen.

## Bundestag

Der Flüchtlingsrat hat im Berichtszeitraum in Berlin erfolgreich Verbindung zu schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen aufgenommen. Thema war hier sowohl das Bleiberecht für langjährig Geduldete sowie der Bedarf an rechtspolitischen Initiativen zur Etablierung von Integrationsförderinstrumenten für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge in der Arbeitsmarktförderung.

## Kieler Landtag

Die Teams der Geschäftsstelle und verschiedener themenspezifischer Projekte des Flüchtlingsrats standen im Berichtszeitraum im Austausch mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Kieler Landtags. Themen waren dabei die geforderte Bleiberechtsregelung, Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung, Migrationssozialberatung, Bedarfe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, Integrationsförderung für Flüchtlinge, Arbeitsmarktintegration etc.).

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum die schon in der Vergangenheit gute Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des schleswig-holsteinischen Landtages bei der Fortbildungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Integrationsförderung fortgesetzt.

## Landespolitische Themen

Der Flüchtlingsrat hat sich im Zuge eigener Öffentlichkeitsarbeit und in Kooperation mit den 40 Organisationen im Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein gegen das im April 2006 in Betrieb genommene, offiziell als „Gemeinschaftsunterkunft für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer“ des Landes bezeichnete, sog. Ausreisezentrum ausgesprochen. Er hat sich im Februar an der Demonstration in Neumünster und landesweit an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen und Podien beteiligt sowie eine Broschüre, die anhand bundesweiter Vergleiche differenziert gegen die in Lübeck und Neumünster umgesetzte Praxis einer zentralen Lagerunterbringung von Flüchtlingen argumentiert, mit herausgegeben ([www.hiergeblieben.info](http://www.hiergeblieben.info)).

Gegenüber dem Kieler Innenminister und den Landtagsparteien hat der Flüchtlingsrat kritische Stellungnahmen über Pläne zu Streichungen der Landesförderung für einige Migrationssozialberatungsstellen vorgelegt. Im Herbst hat der Flüchtlingsrat mit Anderen hierzu zu einer Kundgebung vor dem Kieler Innenministerium aufgerufen.

Der Flüchtlingsrat hat gemeinsam mit dem *Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein* (NISCHÉ) eine Fachtagung zur Situation sog. Illegaler im Bundesland durchgeführt. Es ist dabei gelungen,

die Beteiligung von drei relevanten obersten Landesbehörden zu erreichen und damit – so bleibt zu hoffen – das Thema aus der Tabuisierung heraus auf die politische Agenda gehoben zu haben ([www.nische-sh.de](http://www.nische-sh.de)).

## **Kieler Innenministerium**

Im Kieler Innenministerium führte der Flüchtlingsrat auch im Berichtszeitraum ca. alle sechs Wochen Gespräche mit dem Leiter und ggf. mit weiteren MitarbeiterInnen der Ausländerabteilung. Themen waren i.d.R. rechtspolitische Entwicklungen, Erlasslagen, Verwaltungspraxis von Landes- und Kommunalbehörden, die Beratungsförderung des Landes, Integrationsförderung für Flüchtlinge, die Forderung eines Bleiberechts, Abschiebestopps, oder Einzelfälle. Die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates erhielt im Berichtszeitraum durch das Innenministerium die institutionelle Förderung des Landes. Weiterhin hat das Innenministerium Projekte der EQUAL-EP *Land in Sicht!* gefördert.

## **Härtefallkommission**

In der *Härtefallkommission* (HFK) des Landes Schleswig-Holstein war der Flüchtlingsrat im Jahr 2006 mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertreterinnen vertreten. Solveigh Deutschmann, Arno Köppen, Leman Rüschemeier, Silke Nissen (ausgeschieden im Juni) und dafür nachberufen Peter Martensen. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates besteht seit Sommer 2005 eine „AG Härtefallkommission“, in der NGO-Mitglieder der HFK sich austauschen. Im Berichtsjahr hat sich der Flüchtlingsrat mit amnesty international und mit der Türkischen Gemeinde SH hinsichtlich der künftigen Vertretung in der HFK abgestimmt.

In der Härtefallkommission sind im Jahr 2006 insgesamt 112 Fälle mit 289 Betroffenen entschieden worden. Hierbei gab es in 29 Fällen (26 Prozent) mit 64 Betroffenen positive Endergebnisse, in zwei Fällen (2 Prozent) mit 8 Betroffenen offene Härtefallersuchen, zu denen eine Entscheidung des Innenministers noch aussteht, in 62 Fällen (55 Prozent) mit 162 Betroffenen negative Endergebnisse und 19 Fälle (17 Prozent) mit 55 Betroffenen laufende Anrufungen, die im Jahr 2006 noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnten.

Von den 112 Anrufungsfällen mit 289 Betroffenen insgesamt sind 51 Fälle mit 134 Betroffenen in der Härtefallkommission selbst beraten worden. Hierbei ist in 25 Fällen mit 55 Betroffenen Personen ein Härtefallersuchen beschlossen worden. In 19 Fällen mit 36 Betroffenen hat der Innenminister hierauf eine Anordnung nach § 23a Aufenthaltsgesetz getroffen, in 4 Fällen mit 11 Betroffenen hat der Innenminister eine Anordnung nach § 23a Aufenthaltsgesetz versagt, in 2 Fällen mit 8 Personen steht eine Entscheidung des Innenministers noch aus. In 26 Fällen mit 79 Betroffenen hat die Härtefallkommission kein Härtefallersuchen beschlossen.

In 42 Fällen mit 100 Betroffenen kam es lediglich zu einer Vorprüfung durch die Geschäftsstelle der Härtefallkommission. Hierbei hat es in 10 Fällen mit 28 Betroffenen positive Entscheidungen durch die Ausländerbehörde gegeben. Die Härtefallantragstellung ist in diesen Fällen gewissermaßen als Katalysator gewirkt und eine positive Entscheidung der Ausländerbehörde zur Folge gehabt. In 13 Fällen mit 29 Betroffenen ist auf andere zielführende Verfahrensmöglichkeiten verwiesen worden, wobei Entscheidungen im Berichtszeitraum noch nicht vorgelegen haben. In 4 Fällen mit 12 Betroffenen sind Ausschlussgründe als offensichtlich erfüllt angesehen worden. In 7 Fällen mit 11 Betroffenen sind Härtefallkriterien der Verfahrensgrundsätze als offensichtlich nicht erfüllt angesehen worden. Im Übrigen laufen 8 Fälle mit 20 Betroffenen unter sonstiges (zum Beispiel Antragstellung aus dem Ausland).

19 Fälle mit 55 Betroffenen sind im Berichtszeitraum, wie vorstehend bereits angegeben, nicht zum Abschluss gebracht worden. Die schwerpunktmäßig vorgetragenen Gründe der Betroffenen waren langjähriger Aufenthalt mit Integration in 29 Fällen (56 Prozent) mit 77 Betroffenen, langjähriger Aufenthalt junger Erwachsener, wenn Integration erkennbar ist oder erwartet wird, in 16 Fällen (32 Prozent) mit 42 Betroffenen und schwerste gesundheitliche Problematiken, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können, mit 6 Fällen (12 Prozent) und 15 Betroffenen.

Berücksichtigt man, dass im Jahr 2005 insgesamt 188 Fälle mit 455 Betroffenen entschieden worden sind, so lässt sich ein Rückgang der Anrufungen verzeichnen. Über die Ursache kann naturgemäß nur spekuliert

werden. Nach hiesiger Auffassung liegt dies zum einen daran, dass ein Großteil der in Frage kommenden Härtefallersuchen bereits in den beiden Vorjahren angebracht worden sind. Zum anderen sind potentielle Härtefälle von einzelnen Ausländerbehörden vor Anrufung der Härtefallkommission über § 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz, zum Teil über § 25 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz entschieden worden. Exemplarisch ist über solche Fälle von den Mitgliedern der Härtefallkommission in den Sitzungsterminen berichtet worden.

Die Vorbereitung der jeweiligen Sitzungen der Härtefallkommission erfordern durchschnittlich eine Vorbereitungszeit pro Vertreterin / Vertreter bzw. Stellvertreterin / Stellvertreter von mindestens 20 Stunden monatlich. Hinzukommt die eigentliche Sitzungszeit von mindestens 4 Stunden. Nicht berücksichtigt hierbei sind die Umlaufverfahren, die regelmäßig einen Zeitaufwand von sechs bis acht Stunden erfordern.

## Preis „Leuchtturm des Nordens“

Der Flüchtlingsrat hat anlässlich eines Sommerfestes zu seinem 15-jährigen Bestehen im September 2006 am Sitz des Vereins in Kiel zum zweiten Mal den „Leuchtturm des Nordens“, den *Preis des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein für herausragendes Engagement in der Flüchtlingssolidarität*, vergeben. Preisträger war diesmal Abdulla Mehmud, Migrationssozialberater aus Lübeck. Abdulla Mehmud – selbst ehemaliger Flüchtling aus dem Irak – erhielt den Preis für sein langjähriges Engagement bei Beratung und Unterstützung insbesondere irakischer und kurdischer Flüchtlinge und als Mitarbeiter der Migrationssozialberatung des Lübecker Flüchtlingsforums e.V. Der Einrichtung wurde die Landesförderung im Herbst 2006 ersatzlos gestrichen.

Der Preisträger des „Leuchtturms des Nordens“ aus dem Vorjahr, der ehemalige UNHCR-Vertreter in Deutschland, Prof. Stefan Berglund aus Helsinki, hielt die Laudatio und mahnte, solcherart „kompetente Sozialberatungsstellen zu streichen, ist eine falsche Politik“. Der Preis des Flüchtlingsrates wird jährlich an Personen verliehen, die sich in besonderer Weise um die unabhängige Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland verdient gemacht haben.

## Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum den Themenbereich der integrationsorientierten beruflichen Qualifizierung für Flüchtlinge ausbauen können.

Im Berichtszeitraum hat die vom Flüchtlingsrat koordinierte EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!* in Kooperation mit dem Landesverband des Diakonischen Werkes sowie den Bildungsträgern ZBBS-Kiel und UTS-Rendsburg landesweit an ca. 12 Standorten Projekte der beruflichen Qualifizierung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht fortgesetzt. ([www.frsh.de/landinsicht](http://www.frsh.de/landinsicht); S. 22ff)

Gleichzeitig hat der Flüchtlingsrat in der bundesländerübergreifenden EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten (NOBI)* sein Teilprojekt *access* weiterentwickelt, das auf bleiberechtigtesichere Flüchtlinge und andere MigrantInnen ausgerichtet ist. ([www.access-frsh.de](http://www.access-frsh.de); S. 27f)

## Weitere Kooperationen

Der Flüchtlingsrat hat sich im Berichtszeitraum an der gemeinschaftlichen Umsetzung von Maßnahmen und Veranstaltungen beteiligt. Solche Kooperationen waren im Berichtsjahr

- das Projekt **Dolmetschertreffen.de** zusammen mit der Gesellschaft für politische Bildung, dem Landesverband des Diakonischen Werkes und der Heinrich-Böll-Stiftung SH ([www.dolmetschertreffen.de](http://www.dolmetschertreffen.de)),
- die Herausgabe des **Magazins Grenzenlos** in Lübeck in Zusammenarbeit mit dem Lübecker Flüchtlingsforum ([www.fluechlingsforum.de](http://www.fluechlingsforum.de)),
- die **Begehungen der Landesunterkünfte** in den Kasernen in Lübeck und Neumünster in Kooperation mit der Gesellschaft für Politische Bildung Kiel,

- die Veranstaltungsreihe **Kulturwochen Nah Ost – peace of art** in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung SH, der Landeszentrale für Politische Bildung SH, dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen SH ([www.peace-of-art.de](http://www.peace-of-art.de)).

Weiterhin hat der Flüchtlingsrat auch 2006 in Kooperation mit dem *Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein* die **Kampagne für das Bleiberecht** von langjährig Geduldeten in Schleswig-Holstein weitergeführt und die Arbeit des Bündnisses koordiniert ([www.hiergeblieben.info](http://www.hiergeblieben.info)).

Im Berichtszeitraum hat der Flüchtlingsrat in Kooperation mit dem *lifeline* -Verein das **Projekt „Vormundschaftsarbeit für Kinderflüchtlinge 2006“** umgesetzt. Der Verein *lifeline e.V. – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* konnte im Übrigen unter dem Dach des Flüchtlingsrates sein Angebotsspektrum aufrechterhalten. Der Verein übernimmt Vereinsvormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und begleitet private VormünderInnen in allen relevanten Fragen. In Einzelfällen werden Kinderflüchtlinge beraten. Die Mitarbeiterin des Vereins *lifeline e.V.* befindet sich im regelmäßigen Austausch mit kommunalen und Landesbehörden. Flüchtlingsrat und *lifeline* -Vormundschaftsverein standen im Berichtszeitraum mit der Jugendabteilung des Ministeriums im Austausch über eine Landesförderung und über festgestellte Bedarfe zur Änderung der Verwaltungspraxis bei den Inobhutnahmen von unbegleiteten Kinderflüchtlingen (UMF) auf Grundlage des geänderten § 42 SGB VIII. Im Berichtszeitraum ist es leider noch nicht gelungen, der öffentlichen Hand Bedarfe und Wichtigkeit dieser auf die schwächste Gruppe unter den hierzulande Schutz und Asyl erhoffenden Flüchtlingen zielende Arbeit ausreichend verständlich zu machen. Trotz zahlreicher Gespräche und veränderter Rechtslage ist das Land Schleswig-Holstein bis dato für eine angemessene Förderung dieser Arbeit nicht zu gewinnen.

Martin Link

# Beratung - Schulung - Vernetzung

## Beratung & Schulung

Die Mitgliederzahl des Flüchtlingsrates beträgt weiterhin 140 Gruppen und Einzelpersonen. Über die Mitglieder hinaus haben im Berichtsjahr zahlreiche weitere Organisationen, Gruppen, hauptamtlich Tätige oder ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen die (MultiplikatorInnen)Beratungs- und Schulungsangebote und –materialien des Flüchtlingsrates in Anspruch genommen. Die Nachfrage übersteigt inzwischen deutlich die Kapazitäten der Geschäftsstelle. Infolge dessen hofft der Verein eine zusätzliche Personalstelle im Jahr 2007 zu realisieren.

2006 hat der Flüchtlingsrat mit 26 Veranstaltungsangeboten einen Schwerpunkt in der Fortbildung und Schulung von haupt- und ehrenamtlichen MultiplikatorInnen aus Bildungs- und Erziehungsarbeit, aus Arbeits- und Kommunalverwaltungen, Vereinen und aus Einrichtungen und Initiativen der Flüchtlingshilfe und Migrationsberatung gesetzt. (vgl. S. 16ff)

Die Entwicklung, dass der Flüchtlingsrat von Information und Beratung Suchenden insbesondere bei zielgruppen- oder themenspezifischen Fragen kontaktiert wird, hat sich fortgesetzt: Regelmäßige Einzelberatung wurde im Berichtsjahr insbesondere beim Projekt *access* – hier zu Fragen von Ausbildung oder der Arbeitsmarktintegration – abgefragt. Kinderflüchtlinge erhielten Beratung und Hilfen beim Zweigverein *lifeline*. Darüber hinaus hat der Flüchtlingsrat im Spätsommer 2006 sein Projekt der ehrenamtlichen Verfahrensberatung in der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg wieder aufgenommen.

Zunehmend ist aber auch die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates und das Projekt *InfoNet* im Berichtsjahr zur Anlaufstelle für Einzelfallberatungen oder bei der Recherche Einzelfall-relevanter Fragen geworden. Nach einer sorgfältigen Ermittlung des jeweiligen Beratungsbedarfes und wenn den vorgebrachten Fragen von der Geschäftsstelle nicht direkt abgeholfen werden kann, vermittelt der Flüchtlingsrat i.d.R. an problemkompetente Initiativen bzw. an Fachberatungsstellen.

Immer öfter kam es im Berichtsjahr zur Nachfrage nach Rechtshilfen in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Solche Rechtshilfen vermittelt der Flüchtlingsrat in Einzelfällen mit beispielhafter Bedeutung soweit entsprechende Mittel vorhanden aus dem Rechtshilfefonds von PRO ASYL oder mit Hilfe von Verbänden.

## FORUM des Flüchtlingsrats

Das regelmäßige Mitglieder-*Forum des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein* hat ca. zweimonatlich an wechselnden Orten im Bundesland getagt. Eingeladen werden zum *FORUM* neben den Mitgliedern des Flüchtlingsrates und KooperationspartnerInnen v.a. lokale Initiativen und Gruppen sowie andere Interessierte aus der jeweiligen Region. Der Landesflüchtlingsbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil. Das *FORUM* des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein tagte

- am 25. Januar in Kooperation mit dem *Flüchtlingsrat Niedersachsen* in Kiel zum Thema: „Was ist eigentlich ein sog. Ausreisezentrum? – Zum Beispiel Bramsche in Niedersachsen“;
- am 15. März in Kooperation mit dem *Migrationsforum Ostholstein* in Eutin zum Thema „Beratung und Arbeitsmarktzugang“;
- am 17. Mai in Zusammenarbeit mit dem Verein *Grenzgänger e.V.* im DGB-Haus Neumünster zu den Themen „Verwaltungspraxis in der sog. Landeszentralen Gemeinschaftsunterkunft Neumünster“ und „Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge“;
- am 30. August in Kooperation mit dem *Lübecker Flüchtlingsforum* im Lübecker Rathaus zum Thema „Kahlschlag in der Flüchtlingsberatung Schleswig-Holsteins?“;
- und am 22. November am Sitz des Flüchtlingsrates in Kiel zum Thema „Nach der IMK ist vor der IMK. Bleiberechtsregelung – was kommt?“.



Bei den *FOREN* werden sowohl die Situation für Flüchtlinge und UnterstützerInnen in den Kreisen und kreisfreien Städten und mit Blick auf das Land erörtert sowie Initiativen des Flüchtlingsrates in Richtung (Landes)Regierung, Verwaltungen und/oder Öffentlichkeit verabredet.

## Vernetzung

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum bundes- und landesweit seine Netzwerkarbeit weitergeführt: So war er bei allen Sitzungen der **Bundesweiten AG für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.** und bei den regelmäßigen Treffen der **Landesflüchtlingsräte** vertreten. Themen dort waren u.a.

- Austausch zur Anwendungspraxis des Zuwanderungsgesetzes in den Ländern, Umsetzung der Härtefallkommissionen in den Ländern;
- Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung für Flüchtlinge;
- Rechtsthemen wie: EU-Richtlinien, 2. Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz, Gleichbehandlungsgesetz;
- Aktionen zur Bleiberechtskampagne und zur Innenministerkonferenz;
- Europäische Abschottung;
- Verabredung gemeinsamer Publikationen und anderer Öffentlichkeitsarbeit.

Der Flüchtlingsrat hat als Koordinator der Entwicklungspartnerschaften *Land in Sicht!* und Regionalkoordinator in der EP *NOBI* auf Bundesebene an den Thematischen **EQUAL-Netzwerken** beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie themenspezifischen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen.

Über den Verein *lifeline e.V.* ist der Flüchtlingsrat im **Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge** vertreten. Hier war im Berichtszeitraum vor allem die Umsetzung des KICK und die Konzeptentwicklung für Clearingstellen zur Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) Thema.

Auf Landesebene arbeiten VertreterInnen des Flüchtlingsrates im **Netzwerk illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein** (NISCHÉ), im *Nordelbischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche* sowie im **Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung** mit.

Martin Link

## Veranstaltungen des Flüchtlingsrats SH 2006

Datum	Veranstalter & Titel	TN bzw. Zielgruppen in Schleswig-Holstein	Region bzw. Ort
24.1.	FRSH/EQUAL-Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Fachtagung „Traumatisierung und Qualifizierung – ein Widerspruch?“	Ehrenamtliche und Hauptamtliche aus der Flüchtlingsberatung	Rendsburg
25.1.	FRSH: FORUM des Flüchtlingsrates: „Was ist eigentlich ein Ausreisezentrum? – zum Beispiel Bramsche in Niedersachsen“	Flüchtlingsgruppen, FR-Mitglieder und Vertreter ehrenamtlicher Initiativen und Personen aus der Beratungsarbeit (MSB)	Kiel
30.1.	NOBI/Teilprojekt <i>access</i> /FRSH: Bundesweite Fachtagung „Beratung“ des IQ-Netzwerkes	<i>access</i> -Team in Vertretung der EQUAL-EP NOBI	Berlin
24.2.	NOBI/Teilprojekt <i>access</i> /FRSH: Tagesseminar „MigrantInnen als GründerInnen“	<i>access</i> -Team als Akteure in der EQUAL-EP NOBI	Hamburg
25.2.	FRSH: Film- und Information: „Rückkehr nach Afghanistan und Anderswo?!“	öffentliche Veranstaltung; v.a. Selbstorganisationen und Ehrenamtliche	Kiel
25.2.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MV des FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.</li> <li>• MV des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.</li> </ul>	Mitglieder	Kiel
März	FRSH: Ausstellung von Publikationen des FRSH auf der Leipziger Buchmesse	MessebesucherInnen	Leipzig
1.3.	FRSH / EQUAL-Projekt <i>access</i> / EP Land in Sicht! / DWSH u.a.: Fachtagung „Ein Jahr Hartz IV – Auswirkungen für MigrantInnen & Flüchtlinge“	Haupt- und Ehrenamtliche aus der Beratungsarbeit; MitarbeiterInnen aus Arbeits- und Innenverwaltung	Rendsburg
9.3.	FRSH/Grenzgänger e.V./Bündnis Bleiberecht SH: Politiker-Podium „Ausreisezentrum Neumünster“, PodiumsTN FRSH	Öffentlichkeit	Neumünster
13.3.	FRSH/Bündnis Bleiberecht SH: Pressekonferenz im Landeshaus: „Ausreisezentrum Neumünster“	Moderation FRSH	Kiel
15.3.	FRSH & Migrationsforum OH: FR-FORUM „Beratung und Arbeitsmarktzugang“	Öffentlichkeit; Mitglieder & Team-FRSH	Eutin
18.3.	FRSH/Bündnis Bleiberecht SH: Aufruf zur Demonstration „Bleiberecht statt Ausreisezentrum in Neumünster“, Kundgebungsbeitrag	Öffentlichkeit	Neumünster
27.3.	FRSH & FRe: EU-AG der Landesflüchtlingsräte	TN Team FRSH	Hamburg
April bis September	FRSH u.A.: Kontaktbesuche zur Datenerhebung in den MigrantInnenberatungsstellen (MSB, MEP, JMD) in NMS, HL, KI, PI, NF und HEI zu Auswirkungen von Hartz IV auf	<i>access</i> -Team in Kooperation mit dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein	SH

	MigrantInnen.		
1.4.	FRSH: Aufruf zur Unterstützung und Teilnahme an der Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch in Lübeck, Wortbeitrag FRSH	Öffentlichkeit	Lübeck
3. – 5.4.	NOBI/TP access/FRSH: Studienreise „Arbeitsmarktintegration in Groß Britannien“	access-Team und andere VertreterInnen der EQUAL-EP NOBI	GB
13.4.	FRSH u.A.: Pressekonferenz „Rückkehr von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei?“ im Landeshaus, Moderation FRSH	Presse & Medien	Kiel
18.4.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Mitglieder und MitarbeiterInnen des Landessportverbandes Schleswig-Holstein	Kiel
22.4.	<i>MV lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.</i>	Mitglieder	Kiel
25. & 26.4.	HSB-SH, BEI, FRSH: Diskussion „Bleiberecht für Flüchtlinge?“, Film „Kindersoldaten“	BerufsschülerInnen der Ludwig-Erhard-Schule	Kiel
25. – 26.4.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Workshop „Interkulturelle Öffnung“	Mitarbeiter der Stadtverwaltung Kiel; Kooperation mit dem Amt für Fortbildung	Kiel
9.5.	FRSH/EP <i>Land in Sicht!</i> a.A.: AG zum Thema „Rückkehrthematik in der Integrationsförderung“	TN Team-FRSH/ <i>Land in Sicht!</i> ; VertreterInnen der EP Fluchtort-Hamburg und SAGA (Niedersachsen)	Hamburg
17.5.	FRSH & Grenzgänger e.V.: FORUM des Flüchtlingsrates: „Praxis der ZGU in Neumünster; Arbeitsmarktzugang“	Flüchtlingsgruppen, FR-Mitglieder, Ehrenamtliche in der dezentralen Flüchtlingshilfe	Neu-münster
18. – 19.5.	NOBI/TP access/FRSH: Transnationaler Workshop mit EP-Partnern aus Spanien, Groß-Britannien und Polen	access-Team	Hamburg
22.5.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Teamleiter und Integrationsfachkräfte aus 6 Job-Centern der Agentur für Arbeit Kiel	Kiel
6.6. & 7.6.	FRSH/FIMM e.V.: GRIPS-Theater „Hiergeblieben!“, mit jugendlichen Flüchtlingen aus SH	Aufführung im Kieler Wertparktheater und Schul-Veranstaltung des FIMM e.V. in OH	Kiel & Eutin
13.6.	FRSH/Projekt <i>inhouse</i> -Schulungen: 2. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Mitglieder und MitarbeiterInnen des Landessportverbandes Schleswig-Holstein	Kiel
14.6.	FRSH u.A.: Aufruf zur Demo Husumer Initiativen gegen Abschiebung einer Familie aus D.R. Kongo	FR-Kooperation mit lokaler Initiative	Husum
19.6.	FRSH: Infotisch b. UNHCR-Symposium zum Internationalen Tag des Flüchtlings	TagungsteilnehmerInnen; Team-FRSH	Berlin
26.6.	FRSH/Ver.Di: Informationsaustausch „Kooperation bei der Schulungsarbeit von FRSH und Ver.Di“	Ver.Di-Vors. Wolfgang Rose, TN des AK Migration bei VerDi, Team FRSH	Hamburg
29.6.	FRSH/EP <i>Land in Sicht!</i> : Gespräche mit MdB der Fraktionen CDU, SPD, Grüne, Linke im Bundestag; Thema „Mittelfristige Bedarfe der Flüchtlingspolitik und der	Team FRSH/ <i>Land in Sicht!</i> ; MdB. Storzjohann (CDU), Rix u. Ohm (SPD), Hayduk (B90/Grüne), Paech u. Dagdalen (Die Linke),	Berlin

	Projektförderung“		
27.7.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: 2. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Teamleiter und Integrationsfachkräfte aus 6 Job-Centern der Agentur für Arbeit Kiel	Kiel
9.8.	FRSH/HSB-SH: Forum im Kieler Rathaus: „Der Krieg im Libanon – das Ende aller Hoffnungen?“; Wortbeitrag FRSH	Öffentlichkeit; VertreterInnen der Palästina- und der Israel-Solidarität, Presse	Kiel
8.8.	FRSH/DW-Norderstedt: Auftakt für Projekt „Sprachpartnerschaften in Norderstedt“	Ehrenamtliche	Norderstedt
13.8.	FRSH/DW-Norderstedt: Fest der Flüchtlingskinder	Flüchtlinge und interessierte Öffentlichkeit	Norderstedt
21.8.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Schulung „Interkulturelle Öffnung“	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Elmshorn	Elmshorn
30.8.	FRSH: FORUM des Flüchtlingsrates „Kahlschlag der Flüchtlingsberatung in Schleswig-Holstein?“	Flüchtlingsgruppen, Mitglieder des FRSH und VertreterInnen anderer Träger	Lübeck
2.9.	FRSH: Sommerfest zum 15-jährigen Bestehen mit Life-(Welt)Musik, Kinderspektakel, Film-Club, Kuchen- und Falafel-Theke, Cocktail-Bar und Tombola	FRSH-Mitglieder, Kooperationspartner und interessierte Öffentlichkeit	Kiel
2.9.	FRSH: Verleihung des Preises des FRSH für herausragende Flüchtlingsolidarität „Leuchtturm des Nordens“	Preisträger Abdulla Mehmud, Lübeck; Laudator: Stefan Berglund, Helsinki	Kiel
14. – 15.9.	EP-NOBI/TP access/FRSH: Transnationaler Workshop mit EP-Partnern aus Groß Britannien	access-Team und VertreterInnen anderer NOBI-Projekte	Lancashire GB
18. & 19.9.	FRSH/HSB-SH: Zwei Lesungen „Ende einer Rettungsfahrt“ mit Elias Bierdel und Stefan Schmidt	Öffentlichkeit	Kiel und Lübeck
27.9.	FRSH/NOBI-TP access / EP Land in Sicht! / DWSH u.a.: II. Fachtagung „Ein Jahr Hartz IV – Auswirkungen für MigrantInnen & Flüchtlinge“	Haupt- und Ehrenamtliche aus der Beratungsarbeit; MitarbeiterInnen aus Arbeits- und Innenverwaltung	Rendsburg
5.10.	FRSH/EP <i>Land in Sicht!</i> : EP-Klausurtag	VertreterInnen der Teilprojekte in der EP <i>Land in Sicht!</i> , Evaluatorinnen, KursleiterInnen der Qualifizierungsmaßnahmen	Kiel
9.10.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: 2. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Elmshorn	Elmshorn
10.10.	FRSH & div. MSB und Wohlfahrtsverbände: Kundgebung vor dem Kieler Innenministerium gegen „Kahlschlag in der Flüchtlingsberatung“	Flüchtlinge, MitarbeiterInnen aus MSB, Öffentlichkeit, FR-Mitglieder	Kiel
13.10.	FRSH: Landesweite Initiierung der Briefaktion an die Landesregierung: „Für eine großzügige Bleiberechtsregelung“	Mitglieder und Kooperationspartner, SympathisantInnen	SH
14.10.	MV <i>lifeline</i> – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	Mitglieder	Kiel
19.10.	FRSH/Projekt <i>access</i> : Austausch mit der Delegation aus der kooperierenden spanischen EQUAL-EP aus Navalmoral de la Mata	Mitarbeiter der FRSH-Geschäftsstelle und des Proj. <i>access</i> und des FR-Vorstandes	Kiel

23.10.	FRSH/EP <i>Land in Sicht!</i> : Tagung „Land in Sicht? Eine Zwischenbilanz“ im Kieler Schifffahrtsmuseum	VertreterInnen & TN EP <i>Land in Sicht!</i> , von Landesbehörden & Arbeitsverwaltungen; Haupt- & Ehrenamtliche v. Beratung & Bildung	Kiel
6.11.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: 3. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Teamleiter und Integrationsfachkräfte aus 6 Job-Centern der Agentur für Arbeit Kiel	Kiel
7.11.	FRSH: Briefaktion an alle SH-MdBs und SH-MdLs „Großherzigkeit statt Kleinmut – für eine großzügige Bleiberechtsregelung“	Abgeordnete aller Parteien	Berlin und SH
8.11.	FRSH: Filmveranstaltung „Arnas Kinder“ (Israel/Palästina)	FRSH im Rahmen der Kulturwochen Nah-Ost peace-of-art	Kiel
13.11.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: 3. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	Mitglieder und MitarbeiterInnen des Landessportverbandes Schleswig-Holstein	Kiel
13.11.	FRSH/HBS/DFG-VK: Film- und Information „Den Frieden von unten gestalten“, Ruti Divon (Tel Aviv) zu Kriegsdienstverweigerung in Israel	Veranstaltung einer Reihe des FRSH im Rahmen der Kulturwochen Nah-Ost peace-of-art	Kiel
14.11.	FRSH/EP <i>Land in Sicht!</i> : AG zum Thema „Rückkehrthematik in der Integrationsförderung“	TN Team-FRSH/Lis; VertreterInnen der EP Fluchtort-Hamburg und SAGA (Niedersachsen)	Hamburg
18.11.	FRSH/HBS-SH/Lztrl. f. Pol. Bildung SH /Landesflüchtlingsbeauftr. SH: Tagung „Konflikt ohne Ende? – Israel, Palästina und die Welt“ mit Moshe Zuckermann (Tel Aviv), Hakam Abdel Hadi (Bonn), MdB Norman Paech (Berlin) und Margret Johannsen (HH)	Kooperationsveranstaltung, im Rahmen der Kulturwochen Nah-Ost peace-of-art in der Kieler Kunsthalle	Kiel
19.11.	FRSH: Filme: „Die Mauer“ & „Checkpoint“ (Israel/Palästina)	FRSH im Rahmen der Kulturwochen Nah-Ost peace-of-art	Kiel
21.11.	FRSH/HSB-SH: Film & Diskussion „Märchenhaftes Jenin – Kriegskinder in Palästina machen Theater“, mit Juliano Merr, Haifa/Jenin	Kooperationsveranstaltung der Kulturwochen Nah-Ost peace-of-art	Kiel
22.11.	FRSH: FORUM des Flüchtlingsrates „Bleiberechtsregelung – was kommt?“	Flüchtlingsgruppen, Mitglieder des FRSH und VertreterInnen anderer Träger	Kiel
27.11.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: 3. Schulung „Interkulturelle Öffnung“	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Elmshorn	Elmshorn
27.11.	FRSH/Projekt InfoNet: Seminar „Mit Duldung zu Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis“	Haupt- und Ehrenamtliche aus der Beratungsarbeit	Lübeck
4.12.	FRSH/Projekt <i>Inhouse</i> -Schulungen: Seminar „Diversity Managing – Interkulturelle Öffnung“	TN aus Landessportverband, Stadtverw. Elmshorn, Job-Center Kiel; VHS	Kiel
6.12.	FRSH & „Netzwerk illegalisierte Menschen in SH“ (NISCHÉ): Fachtagung „Hergekommen und geblieben – Menschen ohne Papiere – Menschen ohne Rechte?“	FRSH-Mitglieder; VertreterInnen aus der Verwaltung, Haupt- und Ehrenamtliche aus der Beratungsarbeit (MSB)	Kiel
14.12.	access/FRSH: „Existenzgründung für MigrantInnen“	access-Team in Kooperation mit ZBBS – Projekt Boje.	Kiel

# **Kooperationsprojekt „Vernetzung und Qualifizierung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“**

**Im Jahr 2006 hat das Ende des Vorjahres durch den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) bewilligte Mehrjahresprojekt (Laufzeit bis Sept. 2008) „Vernetzung und Qualifizierung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ seine Arbeit aufgenommen. Träger ist der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in Kooperation mit der Migrationssozialberatung der Diakonie und dem Förderverein Flüchtlingshilfe e.V. in Norderstedt.**

Das Projekt ist aus einer Defizitfeststellung heraus entstanden: Die Grenzen der Migrationssozialberatungsstellen bestehen bisweilen darin, dass nicht jedem Hilfe und Unterstützung in lebenspraktischen Dingen erbracht werden kann. Auch in gefühlsmäßigen (Diskriminierungserfahrungen, Einsamkeit, Isolation) bis hin zu psychischen Krisen (Traumata, Depressionen, Zukunftsängsten) können die Beratungsstellen für diesbezüglich häufig betroffene Flüchtlinge und Asylsuchende bestenfalls zu Fachleuten vermitteln. Intakte Familie, Gemeinschaft, soziale Bindungen können durch hauptamtliche Beratung nicht ersetzt werden. Dieses aber benötigen häufig Flüchtlinge und Asylsuchende in ungewisser Aufenthalts- und Perspektivsituation besonders. Insbesondere Erwachsene schaffen selten stabile neue Bindungen. Den Jugendlichen unter den Flüchtlingen gelingt es dagegen eher, zu einheimischen Gleichaltrigen Kontakte herzustellen – sie enthalten sich dabei aber regelmäßig, ihre statusbedingte Betroffenheit transparent zu machen. Dieser Hintergrund schwächt die Möglichkeiten betroffener Flüchtlinge Empowerment zu entwickeln und sich ggf. mit Anderen für die eigenen Anliegen selbst zu organisieren.

Auch dort, wo Beratung sich zielgruppenspezifisch spezialisiert, wie zum Beispiel beim Arbeitsbereich „Beratung von Flüchtlingsfrauen“ in Norderstedt, konnten Einrichtungen dem Bedarf an Beratung und Hilfe in besonderen sozialen und existenziellen Notlagen in der Vergangenheit nur bedingt gerecht werden. Die jahrelange Beratungspraxis hat z.B. gezeigt, dass Frauen anders als Männer auf die unzulänglichen, marginalisierenden Lebensbedingungen in den Notunterkünften und auf die Verbleibunsicherheit reagieren. Neben den asyl- und ausländerrechtlichen Problemen müssen viele von ihnen eigene fluchtbedingte Traumata bewältigen, die Zunahme der Spannungen in der eigenen Familie ertragen. Der aus der Heimat gewohnte Rückhalt der Großfamilie und anderer Frauen fehlt ihnen hier. Auf Perspektivlosigkeit und Isolation reagieren viele Frauen mit Resignation und Depression.

Auf dieses Szenario reagierend will das Projekt „Vernetzung und Qualifizierung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ systematisch Informationen für betroffene Flüchtlinge ebenso wie für ihre Unterstützer/innen aufbereiten und zur Verfügung stellen.

Ziel ist es, in der Projektlaufzeit die Vernetzung und gegenseitige Verstärkung der zielgruppenorientierten Arbeit des Flüchtlingsrates und der regionalen Beratungsstelle der Diakonie in Norderstedt zu erreichen und über diese Kooperation ein beispielhaftes Modell zentral/dezentraler Flüchtlings solidaritätsarbeit zu entwickeln.

In 2006 sind zunächst verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen entwickelt und einige auch schon umgesetzt worden, die auf eine verbesserte vernetzte Unterstützungsarbeit und den Aufbau von Selbstorganisation und die Bekämpfung vorhandener Isolation von Flüchtlingen zum Ziel haben (z.B. monatliches Frauenfrühstück, Gruppe Mondfrauen, Projekt Sprachpartnerschaften, Benefizkonzert, Flüchtlingskinderfest in Norderstedt; Beteiligung von Flüchtlingsgruppen an zentralen Veranstaltungen und Events wie Demonstration in Neumünster und Kundgebung zur Beratungsversorgung in Kiel, Sommerfest FRSH; projektspezifische Veröffentlichung im Quartalsmagazin DER SCHLEPPER; thematische dezentrale FOREN des Flüchtlingsrates in Neumünster, Lübeck, Eutin und Kiel; Familienwochenendfreizeit mit Flüchtlingen und Ehrenamtlichen in Neustadt; GRIPS-Theaterveranstaltungen *Hiergeblieben!* in Kiel und Eutin).

*Martin Link*

# Antidiskriminierung und Integrationsförderung

Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in der II. EQUAL-Förderrunde

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL II haben sich schon 2005 die Akteure der Entwicklungspartnerschaft (EP) zusammengeschlossen und erhalten u.a. Förderung vom Europäischen Sozialfonds, vom Bund und vom Land Schleswig-Holstein. Im Folgenden werden die Arbeitsbereiche und Projekte dieses Netzwerks, die in Trägerschaft des Flüchtlingsrates umgesetzt werden, dargestellt. Kurzinformationen über die Teilprojekte der o.g. Kooperationspartner in den nebenstehenden Kästen; mehr im Internet: [www.frsh.de/landinsicht/index.htm](http://www.frsh.de/landinsicht/index.htm)

Die Entwicklungspartnerschaft **Land in Sicht!** – **Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge** sind:

- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** *Koordination der Entwicklungspartnerschaft*
- **Diakonisches Werk Schleswig-Holstein:** Projekt *respect* – Stärkung vorhandener Ressourcen für soziale Berufe mit Schwerpunkt der Qualifizierung von Flüchtlingsfrauen
- **ZBBS e.V.:** Projekt *Sprungbrett – Orientierung zu Bildung und Ausbildung* mit Schwerpunkt der Qualifikation von jugendlichen Flüchtlingen
- **Verein Umwelt und Soziales e.V.:** Projekt *CASE – Vermittlung von Schlüssel- und Teilqualifikationen in Handwerk und Dienstleistungen*
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** Projekt *INFORNET – Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge – Vernetzung, Information, Beratung* - Aufbau eines Informationspools über Zugänge zu Bildung und zum Arbeitsmarkt
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** Projekt *Inhouse-Schulungen – Förderung der interkulturellen Öffnung von Organisationen und Betrieben*
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** Projekt *Transnationale Kooperation - MOLE - More Options: Labour and Education!*

[www.frsh.de/landinsicht/](http://www.frsh.de/landinsicht/)

## EQUAL-Entwicklungspartnerschaft **Land in Sicht!** Koordination der Entwicklungspartnerschaft **Land in Sicht!**

Seit Juli 2005 koordiniert der Flüchtlingsrat den Trägerverbund, der verschiedene berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge anbietet, die interkulturelle Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen durch fördert, einen webgestützten Informationspool über Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge aufbaut, das bestehende Netzwerk zur beruflichen Qualifizierung und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein ausbaut, landes- und bundesweite Vernetzungen fortführt und erweitert und schließlich mit anderen europäischen Entwicklungspartnerschaften in Deutschland, Tschechien und in der Slowakei kooperiert.

Unter der Koordination des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. in 2006 erfolgten Aktivitäten in folgenden Arbeitsfeldern:

- Die beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen *CASE*, *respect* und *Sprungbrett* für Flüchtlinge wurden fortgeführt. In 2006 wurden 280 Flüchtlinge unter anderem in Kiel, Rendsburg, Pinneberg, Neumünster, Itzehoe und Niebüll geschult und in unterschiedlichen Branchen beruflich qualifiziert.
- Im Teilprojekt des Flüchtlingsrates *Inhouse-Schulungen* konnte durch organisationsspezifische wie übergeordnete Fortbildungsmaßnahmen die interkulturelle Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen weiter vorangetrieben werden.

*Jahresbericht 2006* des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V.  
[www.frsh.de](http://www.frsh.de)

- Im Rahmen des zweiten Teilprojektes des Flüchtlingsrates *INFONET* wurden ein umfangreicher internetgestützter Informationspool über Bildungs- und Berufszugänge realisiert ([www.infonet-frsh.de](http://www.infonet-frsh.de)) und zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

Durch die Koordination wurde die landes- und bundesweite Vernetzungen im Rahmen von Projektgremien, Arbeitsgruppen, durch Beteiligung an Fachtagungen und Konferenzen fortgeführt und vertieft. Wichtige schleswig-holsteinische Kooperationspartner von *Land in Sicht!* sind u.a. der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer zu Kiel; der Landesvolkshochschulverband Schleswig-Holstein, der DPWV, das Institut für Interkulturelles Training, die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit sowie die Fachhochschule Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit.

Auf Bundesebene kooperiert *Land in Sicht!* mit den weiteren sieben Entwicklungspartnerschaften im Themenbereich Asyl, insbesondere mit den Projekten in Hamburg, Niedersachsen und Thüringen. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld ist die kontinuierliche Öffentlichkeits- und Pressearbeit. So wurden im Rahmen von Projektvorstellungen über die Arbeitsfelder und Ergebnisse des Projektes informiert und auf der Fachkonferenz mit ca. 70 Gästen im Oktober 2006 eine erste Bilanz gezogen. In 2006 erschien erstmalig der „*Land in Sicht!*-Kurier“ mit drei Ausgaben, der ein positives Echo erhielt. Presseerklärungen und der Pressespiegel sind auf der Projektseite im Internet [www.frsh.de/landinsicht/](http://www.frsh.de/landinsicht/), auf der wir umfassend über die Ziele, Aktivitäten und Ergebnisse der Entwicklungspartnerschaft informieren, einzusehen.

2006 begannen die Arbeiten zu einem Dokumentarfilm zur Arbeitsintegration bleiberechtsungesicherter Flüchtlinge, der 2007 abgeschlossen wird.

Neben der Lobbyarbeit auf Landesebene fanden im Juni 2006 Gespräche zur zukünftigen Flüchtlingspolitik mit Bundestagsabgeordneten statt.

Finanzmanagement und Finanzcontrolling: Aufgrund der Verantwortung als Koordinator und Zuwendungsempfänger für die gesamte EP bildete die Sicherstellung der Finanzierung, Überwachung des Mittelflusses und das Führen von Gesprächen mit unterschiedlichen ZuwendungsgeberInnen einen erheblichen Schwerpunkt der Koordination in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung.

*Claudia Langholz, Naciye Demirebilek, Sabine Wollenhaupt*

## **INFONET**

### **Teilprojekt zu Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge in der Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht!**

**Ziel des Teilprojekts *INFO*NET in der EP *Land in Sicht!* ist es, die Beratungssituation für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und Asylsuchende im Bereich Bildungs- und Berufszugänge nachhaltig zu optimieren. Ein Schwerpunkt hierfür ist der Aufbau (und Pflege) eines umfassenden web-gestützten Informationspools ([www.infonet-frsh.de](http://www.infonet-frsh.de)).**

Zentrale Aufgaben des Projektes *INFO*NET sind die nachhaltige Optimierung der Beratungssituation für Betroffene und die Erweiterung ihrer eigenen Kenntnisse bezüglich ihres Zuganges zu Bildung und Beruf. Dazu ist 2006 die Webseite [www.infonet-frsh.de](http://www.infonet-frsh.de) online gegangen. Hierzu wurden im Berichtszeitraum spezifische Informationen (Rechtsgrundlagen, Adressen, Aus- und Weiterbildung, Qualifizierungsmaßnahmen usw.) für Betroffene und MultiplikatorInnen (Bildungsfachkräfte, Migrations-/ FlüchtlingsberaterInnen, soziales Umfeld Betroffener, ehrenamtliche UnterstützerInnen, ArbeitgeberInnen usw.) zur Verfügung gestellt. Da viele Betroffene von der Nutzung "neuer Medien" faktisch ausgeschlossen sind, werden regelmäßig mehrsprachige Basisinformationsmaterialien (Bleiberechtsregelung, Arbeitserlaubnis, Listen mit Fachvokabular usw.) veröffentlicht, die direkt über *INFO*NET oder über MultiplikatorInnen verteilt werden.



*INFO*NET orientiert sich an den Bedürfnissen geduldeter und gestatteter Flüchtlinge in Schleswig-Holstein mit dem Ziel der "Hilfe zur Selbsthilfe". Menschen, im Status einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung sind so umfassend in ihrem Leben eingeschränkt, dass Fragen zu Bildung und Beruf (Ablehnung des Arbeitserlaubnis-antrages, Finanzierung des Deutschkurses, Reiseerlaubnis für Qualifizierungsmaßnahme usw.) immer existenzielle Bedeutung haben. Im Jahr 2006 entwickelte sich die Webseite zu einer zentralen rechtlichen Informationsquelle zum Thema Duldung und Aufenthaltsgestattung in Schleswig-Holstein.

Die Tätigkeit des Projektes *INFO*NET und insbesondere die Webseite sind als Assistenz zu betrachten, für Betroffene (und ihre UnterstützerInnen), die Zugang zu Bildung, Beruf und Erwerbstätigkeit wünschen.

#### **Tätigkeitsschwerpunkte 2006:**

- **Webseite:**
  - Technische Anpassung, Aktualisierung (Umzug in eigene Domain etc.)
  - Evaluation und Userbilytest - Auswertung und Einarbeitung
  - Erweiterung und Pflege Webseite: Aktualisierung, Erweiterung der Informationen über Rechtsgrundlagen, über Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten, Adressübersicht usw.
  - Recherche und Einstellen neuer Informationen auf der Webseite, Bearbeiten der Anfragen und Kommentare auf der Webseite
- **Informationsgespräche / Gruppenberatung**
  - für Betroffene: dezentrale "Vor-Ort-Gespräche" (in der Unterkunft, Privatwohnung, anderen Teilprojekten...) mit zwei bis zehn Personen, bedarfsorientiert (deshalb Schwerpunkte: Arbeitserlaubnisverfahren und Bildungszugang für Jugendliche/junge Erwachsene)
  - für Multiplikatorinnen/Multiplikatoren: dezentrale Fachgespräche, in der Regel Kombination aus Fachgespräch und Recherche
  - Seminar und Fachgespräch: Mit Duldung zu Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis, 27.11.2006, Lübeck
- **Informationsmaterial:**
  - Druck: Basisinformation Aufenthaltsgestattung, Basisinformation Duldung. Zielgruppe: allgemeine Öffentlichkeit, Nicht-Fachöffentlichkeit (ErzieherInnen, LehrerInnen, ArbeitgeberInnen, BerufsberaterInnen usw.). Wegen des unerwartet hohen Bedarfs wurde im Dezember eine 2. Auflage gedruckt. Für die transnationale Tätigkeit auch Übersetzung ins Englische.
  - Web: Basisinformation Bleiberechtsregelung: Die Bleiberechtsregelung verändert bei sog. Begünstigten deren Zugang zu Bildung und Beruf umfassend. Im Paralleltext mit Deutsch, Sprachen: Englisch, Französisch, Albanisch, Arabisch, Farsi, Sorani, Kurmanci, Dari, Türkisch, Russisch. Zielgruppe: Betroffene, soziales Umfeld, ArbeitgeberInnen, BeraterInnen
  - Web: Fachvokabular über Arbeit, Bildung, Beruf und Randthemen in zehn Sprachen: Englisch, Französisch, Albanisch, Arabisch, Farsi, Sorani, Kurmanci, Dari, Türkisch, Russisch.
  - Druck: Dokumentation des Seminars: Mit Duldung zu Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis, aufbereitet als Beratungshilfe.
  - Druck: Basisinformation Arbeitserlaubnis (bei Aufenthaltsgestattung / Duldung). Pro Sorte in der Kombination Deutsch / Fremdsprache, Sprachen: Englisch, Französisch, Albanisch, Arabisch, Farsi, Sorani, Kurmanci, Dari, Türkisch, Russisch. Zielgruppen: Betroffene, soziales Umfeld, ArbeitgeberInnen, BeraterInnen usw.

*Silke Dietrich*

# **Inhouse-Schulungen**

## **Teilprojekt in der EP *Land in Sicht!* zur Förderung der interkulturellen Öffnung**

**Das Projekt engagierte sich im Berichtsjahr mit dem Ziel, durch Weiterbildungsmaßnahmen in den Betrieben, öffentlichen Verwaltungen und Verbänden strukturelle Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Mit internen (Inhouse) Schulungen vor Ort in Institutionen wird deren interkulturelle Öffnung gefördert und für die Zielgruppe der Flüchtlinge und MigrantInnen sensibilisiert. Das Projektbemühen zielt auch darauf, bekannte Konzepte und Leitbilder zur interkulturelle Öffnung in der praktischen Umsetzung zu unterstützen. In Institutionen, wo keine Konzepte existieren, werden passgenaue (Schulungs-)Konzepte zur interkulturellen Öffnung und Förderung der interkulturellen Kompetenzen beispielhaft entwickelt.**

2006 konnten in Zusammenarbeit mit acht Jobcentern in Kiel, dem Landessportverband Schleswig-Holstein und der Stadtverwaltung Elmshorn (VertreterInnen des Haupt- und Rechtsamt, Ordnungsamt, Sozialamt, Amt für Kultur und Weiterbildung, Amt für Kinder, Jugend, Schule und Sport, Kultur und Aktionszentrum KAZ, Stadt Bücherei und Volkshochschule Elmshorn) mit entsprechenden Schulungen insbesondere von LeitungsmitarbeiterInnen begonnen werden. Dem ging jeweils eine Interview-gestützte Bestandsanalyse voraus, auf deren Grundlage die Maßnahmeplanung entwickelt und institutionsspezifische Ziele formuliert wurden. Ca. 26 Personen beschäftigten sich in Begleitung und Unterstützung von drei FachreferentInnen kontinuierlich mit den Themen wie *Kultur, eigen und fremd, Vorurteil und Stereotyp* oder *interkulturelle Kommunikation*.

Im Mittelpunkt der Schulungen beim Jobcenter stand die Vermittlung von Hintergrundwissen sowie Konzeptentwicklung. In den *inhouse*-Schulungen bei der Stadt Elmshorn steht die Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzeptes für die Stadtverwaltung im Zentrum. Der Landessportverband legt den Schwerpunkt auf die Entwicklung eines Positionspapiers, das den Verband bei der interkulturellen Öffnung beispielsweise für nicht-deutsche Mitglieder profiliert.

Leider konnten vom Projekt keine Wirtschaftsbetriebe gewonnen werden. Dagegen konnten wir dem Teilnahmewunsch einiger Ämter der Stadt Kiel und des DPWV SH aufgrund der begrenzten Kapazitäten nicht nachkommen. Letztere werden aber in die zentralen übergeordneten Veranstaltungen eingebunden. Es wurden drei solcher zentralen Schulungen durchgeführt. Diese waren für alle TeilnehmerInnen aus den drei TN-Institutionen und andere Interessierte offen.

Themen: „Traumatisierung und Qualifizierung – ein Widerspruch? Chancen und Herausforderungen bei der Integration von traumatisierten Flüchtlingen“; „Diversity (Cultural) Managing und interkulturelle Öffnung in öffentlichen Verwaltungen“; zwei Fachveranstaltungen „Hartz IV und Migration“ in Kooperation mit dem Diakonischen Werk, dem Projekt *access* der EQUAL-EP-NOBI und dem Landesflüchtlingsbeauftragten SH. Dokumentationen zu den Veranstaltungen stehen im Internet oder können beim Flüchtlingsrat angefordert werden.

*Naciye Demirbilek*

# **MOLE - More options on labor and education!**

## **Teilprojekt zur transnationalen Kooperation in der EP *Land in Sicht!***

**Das sog. Mainstreaming der Zwischen- und Endergebnisse der erprobten Maßnahmen hat in der Gemeinschaftsinitiative EQUAL einen zentralen Stellenwert. Auf diesem Wege sollen rechtspolitische Initiativen entwickelt werden, die mittelfristig geeignet sind, auf nationaler wie europäischer Ebene die bis dato herrschende Diskriminierung von Flüchtlingen beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu beseitigen. Diesem Ziel dient auch die Vernetzung von Entwicklungspartnerschaften auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund hat der Flüchtlingsrat für die EP *Land in Sicht!* als DP *Land ahoy!* unter dem Namen *MOLE - More Options: Labour and Education!* ein transnationales Kooperationsnetzwerk mit Partnern aus Niedersachsen, Tschechien und der Slowakei gebildet.**

Nach Abschluss der Analyse der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern wurde im Jahr 2006 mit dem Vergleich und der Überprüfung der Übertragbarkeit bildungs- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen für bleiberechtigungs gesicherte Flüchtlinge begonnen.

Innerhalb der mehrfach tagenden Arbeitsgruppen „Policy“ und Empowerment“ wurden spezifische Handlungsansätze diskutiert und entwickelt. Diese mündeten im Rahmen der AG „Empowerment“ in die Erarbeitung und Verbreitung eines Plakats zur Sensibilisierungs- und Lobbyarbeit: „Für das Recht auf Bildung und Arbeit: Teilhabe jetzt!“ sowie im Rahmen der AG „Policy“ in die Erarbeitung politischer Empfehlungen. Diese wurde bei einem dreitägigen Aufenthalt unserer vierköpfigen Delegation in Brüssel im November 2006 mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Deutschland, Schweden, Ungarn sowie der Slowakei in Brüssel erörtert. Daneben konnten wir die Gelegenheit nutzen und Gespräche zur Umsetzung des ESF in der folgenden Förderperiode 2007 bis 2013 sowie zur derzeit in Arbeit stehenden europäischen Rückkehrrichtlinie führen. Für 2007 sind zwei weitere Lobbyreisen nach Brüssel in Vorbereitung. Zum Abschluss des Aufenthaltes in Brüssel fand ein Treffen mit Vertreterinnen von ECRE, dem Europäischen Flüchtlingsrat, statt.

Im Juni 2006 war *Land Ahoy!* Gastgeberin für die dreitägige Vollversammlung der kooperierenden Entwicklungspartnerschaften. Neben dem Praxis- und Erfahrungsaustausch standen das Kennenlernen der qualifizierenden Teilprojekte und Praktikumsstellen sowie Besuche von Gemeinschaftsunterkünften in Stohl und Lübbersdorf sowie der ZGU Neumünster auf der Tagesordnung.

Im zweiten Halbjahr wurde mit der Umsetzung der geplanten *study visits* begonnen. Diese finden zu den Themenfeldern „Sprachvermittlung und berufliche Qualifizierungsmodule“, „Sozial- und Rechtsberatung“, „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen“ sowie „Unterbringung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ statt.

*Claudia Langholz*

# Entwicklungspartnerschaft NOBI

## Beteiligung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein am *Norddeutschen Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten* (NOBI)

Die EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *NOBI* widmet sich – anders als die o.g. *EP Land in Sicht!* – vor allem der Arbeitsmarktförderung von bleiberechts gesicherten Migrantinnen und Migranten. Hier sind Träger und Projekte aus den Bundesländern Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vernetzt. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist seit Sommer 2005 einer von 12 Teilprojekträgern. [www.ep-nobi.de](http://www.ep-nobi.de)

### Die Entwicklungspartnerschaft *NOBI* sind:

#### EP-Koordination:

- Weiterbildung Hamburg e.V.

#### Teilprojekte

##### in Bremen:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen e.V.

##### in Mecklenburg-Vorpommern:

- Integrationsnetzwerk Ost GbR

##### in Schleswig-Holstein:

- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.  
(Projekt *access*)

##### in Hamburg:

- AG türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V.
- BI ausländische Arbeitnehmer e.V.
- Diakonisches Werk Hamburg
- Passage gGmbH
- Unternehmer ohne Grenzen e.V.
- Verikom e.V.
- WOG e.V.
- Rackow Schule

## **access**

### **Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen**

*access* ist ein vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein getragenes Teilprojekt der im Rahmen des EU-Programmes EQUAL geförderten Entwicklungspartnerschaft *Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten*, kurz NOBI ([www.ep-nobi.de](http://www.ep-nobi.de)). Die EP NOBI wird von Weiterbildung Hamburg e.V. koordiniert und hat neun Teilprojekte in Hamburg und je eins in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. *access* richtet sich im Unterschied zu der Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht* an MigrantInnen mit gesichertem Aufenthalt unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfe von bleibeberechtigten Flüchtlingen.

Ziel ist es, durch Bündelung und Bereitstellung von Informationen zu gesetzlichen Regelungen, Fördermöglichkeiten und Qualifizierungsangeboten sowie durch Vernetzung von Akteuren und durch gezielte Beratung von Betroffenen den Zugang zu Bildung und Arbeit zu erleichtern und Diskriminierungen abzubauen.

Im Jahr 2006 wurde die Webseite [www.access-frsh.de](http://www.access-frsh.de) online geschaltet. Sie enthält umfangreiche Informationen zu Bildung und Beruf, die insbesondere für MigrantInnen relevant sind, z.B. zum Nachholen von Schulabschlüssen oder zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und wird regelmäßig aktualisiert und erweitert. Die Beratung findet einmal wöchentlich und nach Vereinbarung in Kiel und einmal monatlich beim Diakonieverein in Pinneberg statt. Darüber hinaus haben dezentrale Beratungstermine in Bad Oldesloe, Niebüll und Bad Segeberg stattgefunden. Zunehmend werden auch Gruppenberatungen bzw. Informationsveranstaltungen nachgefragt.

In 2006 hat *access* sich intensiv an Vorbereitung und Durchführung von zwei Fachtagungen zum Thema „Hartz IV und Migration“ in Kooperation mit dem Teilprojekt *Inhouse*-Schulung der EP Land in Sicht, dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein und dem Landesflüchtlingsbeauftragten beteiligt. *access* war auch für die Redaktion und Herausgabe der Tagungsdokumentation zuständig, die im November 2006 erschienen und über das Projekt zu beziehen ist. Die Tagungen haben zum interdisziplinären Austausch und zur verbesserten Kooperation von Migrationsfachdiensten, Arbeitsverwaltung und Bildungsträgern beigetragen und die Situation und fehlende Berücksichtigung von MigrantInnen und insbesondere Flüchtlingen in den Fokus gerückt. Durch diese Veranstaltungen konnten außerdem weitere Kooperations- und strategische Partner gewonnen werden. Im Jahr 2006 sind zwei Newsletter des Projektes erschienen und im Dezember wurde in Kooperation mit der ZBBS eine Informationsveranstaltung für ExistenzgründerInnen mit Migrationshintergrund durchgeführt.

Die Projektmitarbeiterinnen beteiligten sich über die Gremien und Workshops der Entwicklungspartnerschaft NOBI hinaus regelmäßig an der *Arbeitsgruppe Beratung* des bundesweiten Netzwerkes *Integration durch Qualifikation* und am bundesweiten *EQUAL-Thematisches Netzwerk Lebenslanges Lernen in KMU*. Darüber hinaus gibt es EP-interne Arbeitsgruppen die zur Bündelung der Projekterfahrungen und zur Übertragung auf die Bundesebene beitragen sollen. Dies ist u.a. von Bedeutung, da diese Ergebnisse über das IQ-Netzwerk ([www.intqua.de](http://www.intqua.de)) im Februar 07 in eine AG im Rahmen der Beratung zum Integrationsplan der Bundesregierung eingebracht werden können. In Schleswig-Holstein wurden Kooperationen u.a. mit einzelnen Weiterbildungsverbänden und Beratungsstellen von Frau und Beruf und mit Migrationsberatungsstellen weitergeführt. Die im Rahmen der Fachtagungen entstandene Kooperation mit dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein und dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen zum Themenkomplex Hartz IV und Migration soll auch in 2007 fortgesetzt werden.

*access* hat sich in 2006 im Rahmen der transnationalen Aktivitäten der EP NOBI an Studienreisen und Workshops in England und Polen beteiligt, am transnationalen Workshop in Hamburg im Mai mitgewirkt sowie im September den Studienbesuch einer Delegation der spanischen PartnerInnen in Kiel organisiert.

*Astrid Willer, Farzaneh Vagdy-Voß*

# ***lifeline* - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.**

**Der Verein *lifeline* besteht als eigenständiger Vormundschaftsverein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter dem Dach des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein seit Sommer 2004.**

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Anfang Juli 2006 ging der *lifeline* Vormundschaftsverein mit einer eigenen Homepage unter [www.lifeline-frsh.de](http://www.lifeline-frsh.de) ans Netz.

Zu den Themen Neuregelung des KJHG, Amtliche Kriminalisierung von Kinderflüchtlings, Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) und Unterbringung von UMF während der Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII sind Artikel in DER SCHLEPPER 33, 34 und 35 erschienen.

## **Lobbyarbeit**

Schwerpunkt der Lobbyarbeit 2006 war, in Schleswig-Holstein im Rahmen der Umsetzung der Neuregelung des § 42 SGB VIII (KICK) eine *Zentrale Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge* in Schleswig-Holstein einzurichten. Es gibt für UMF seit dem Inkrafttreten des KICK im Oktober 2005 mit der Neuregelung des § 42 SGB VIII, der die Inobhutnahme als vorläufige Schutzmaßnahme für Minderjährige durch Jugendämter regelt, eine neue Rechtslage. Demnach ist die unbegleitete Einreise von Minderjährigen bis 18 Jahre als eigenständiges Inobhutnahmekriterium ausdrücklich festgeschrieben. Mit der Neuregelung des § 42 SGB VIII ist den örtlich zuständigen Jugendämtern die Primärzuständigkeit für die Erstversorgung aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bis 18 Jahre zugeschrieben worden. Die Umsetzung dieser neuen Rechtslage insbesondere für die Gruppe der 16- und 17-jährigen unbegleiteten Flüchtlinge erfolgte in Schleswig-Holstein 2006 noch unzureichend.

Es gibt in Schleswig-Holstein nach wie vor für den besonderen Hilfebedarf von UMF kein spezielles Clearingverfahren. Regelmäßig wird für die 16- und 17-jährigen während der Inobhutnahme kein Erziehungsbedarf festgestellt und entsprechend keine Jugendhilfeleistungen für eine Anschlussversorgung nach der Inobhutnahme gewährt.

Die 16- und 17-jährigen Kinderflüchtlinge werden während der Inobhutnahme nicht in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht, sondern bleiben in der *Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende* bzw. werden in der *Zugeordneten Gemeinschaftsunterkunft für erwachsene Asylbegehrende* auf Grundlage der Versorgung durch Asylbewerberleistungsgesetz untergebracht.

## **Kooperationen**

Im Berichtsjahr fand eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem *Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* und dem *Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.* statt. *lifeline* hat mitgearbeitet in der AG-KICK der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!*. Weiterhin kooperierte *lifeline* mit dem *Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein* zu rechtspolitischen Fragen und einzelfallbezogen mit dem *DPWV (AG KICK)*, und mit dem *Christlichen Verein zur Förderung sozialer Initiativen in Kiel*.

## **Zahlen für UMF in Schleswig-Holstein**

Schleswig-Holstein ist nicht immer Zielland sondern oft Transitland für UMF. Viele der alleinreisenden Jugendlichen sind auf dem Weg nach Skandinavien, bleiben dann aber in Schleswig-Holstein, weil sie nicht über die nötigen Grenzübertrittspapiere verfügen.

In der Statistik des *Landesamtes für Ausländerangelegenheiten* in Schleswig-Holstein werden die 16- bis 18-jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge registriert, die einen Asylantrag stellen.

Danach wurden in der *Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende* in Lübeck aufgenommen: 2005: 25 Jugendliche (19 Jungen, 6 Mädchen); bis Ende Juni 2006: 10 Jugendliche (9 Jungen, 1 Mädchen). Herkunftsländer Irak (8), Afghanistan (5), Russische Föderation (Tschetschenien) (5), Serbien-Montenegro (4), Türkei (3), Iran (2), Vietnam (2), Indien (1), Pakistan (1), Syrien (1), Aserbaidschan (1), sonstige asiatische Staaten (2). Über UMF unter 16 Jahren, die von den Jugendbehörden in Jugendhilfeeinrichtungen oder bei Verwandten untergebracht werden, gibt es keine regelmäßig gesicherten Zahlen.

In Schleswig-Holstein werden 16– 18-jährige unbegleitete Flüchtlinge auch in Abschiebehaft genommen. In der *Jugendanstalt der Justizvollzugsanstalt Neumünster* waren nach Angaben des *Landesbeirates für den Vollzug der Abschiebehaft in Schleswig-Holstein* inhaftiert in 2005: 20 UMF, Haftdauer durchschnittlich 31,6 Tage (längstens 112 Tage). 16 Jugendliche waren auf Veranlassung der Bundespolizei inhaftiert, die vier anderen auf Ersuchen einer Ausländerbehörde. Es handelte sich um Abschiebungen ins Herkunftsland oder um Überstellungen in Drittländer nach dem Dubliner Übereinkommen. Für die *lifeline* bekannt gewordenen Fälle von UMF in Abschiebehaft gab es keine Inobhutnahme mit Clearingverfahren, keine Regelung der gesetzlichen Vertretung, keine von der Ausländerbehörde dokumentierte Prüfung milderer Mittel sowie während des Haftvollzugs keinen Verfahrenspfleger oder Rechtsbeistand, der sie in die Lage versetzt haben könnte, ihre Rechte wahrzunehmen wie es die UN-KRK in Artikel 37 vorsieht.

Über die UMF, die von der Bundespolizei oder dem dänischen Grenzschutz ohne gültige Papiere aufgegriffen werden und zur sofortigen Ausreise aufgefordert werden, aber nicht in Abschiebehaft genommen werden, sind keine Zahlen bekannt.

### **Beratung und Begleitung, Vormundschaften**

Im Jahr 2006 wurden von *lifeline*, seinen Mitgliedern und anderen vom Verein begleiteten VormünderInnen immer ungefähr 20 UMF über eine Vormundschaft betreut (es kommen laufend neue Jugendliche dazu, wohingegen andere 18 werden). Darüber hinaus wurden junge Volljährige, die vorher durch Vormundschaft begleitet worden waren, z.T. regelmäßig begleitet, weil noch ein Unterstützungsbedarf vorlag.

Marianne Kröger

## **Koordination *Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein***

Das schleswig-holsteinische Bündnis „Recht auf Bleibe-recht“ hat sich 2002 gegründet, wird vom Flüchtlingsrat koordiniert und setzt sich aus inzwischen 40 gesellschaftlichen Organisationen u.a. aus Kirche, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Migrationsfachstellen und Solidaritätsgruppen zusammen. Es wirbt gegenüber Politik und Gesellschaft für ein großzügiges Bleiberecht für langjährig Geduldete, andere Ausreisepflichtige und Asylsuchende auch in Schleswig-Holstein. Mehr Informationen zum Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein im Internet: [www.hiergeblieben.info](http://www.hiergeblieben.info)

- Der Flüchtlingsrat hat 2006 regelmäßig zu Bündnistreffen eingeladen. Gelaufene Aktivitäten:
- Februar: Veröffentlichung der Broschüre Bleiberecht statt Ausreisezentrum
  - 18.3.2006: Demonstration gegen das geplante sog. Ausreisezentrum in Neumünster
  - 6. u. 7.6.: Aufführungen des Theaterstücks „Hier geblieben!“ des Grips-Ensembles aus Berlin in Kiel und Eutin.
  - Pressearbeit zu den Innenministerkonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg
  - Initiierung einer Gruppe „Jugend ohne Grenzen Schleswig-Holstein“
  - September: Herausgabe des aktualisierten Bündnis-Flyers zur Bündnis-Kampagne *Hiergeblieben!*
  - Aufrufe zu den bundesweiten Demonstrationen zur IMK in Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg

Martin Link

# **NISCHE - Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein**

**Der Flüchtlingsrat ist im Netzwerk für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE) vertreten. NISCHE ist Ort der Vernetzung und des Informations- und thematischen Erfahrungsaustausches von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen.**

Seit 2002 ist der Flüchtlingsrat im Netzwerk für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein vertreten. NISCHE ist Ort der Vernetzung und des Informations- und thematischen Erfahrungsaustausches von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen und hat sich zum Ziel gesetzt, für die Lebenssituation von Menschen ohne Papiere zu sensibilisieren und diese kontinuierlich öffentlich zu thematisieren sowie die Diskussion um politische Veränderungen voranzutreiben.

Dies geschieht durch die Teilnahme an Fachtagungen, Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien, Durchführung von Konferenzen zum Thema, Kontaktpflege zu MedienvertreterInnen sowie der Bereitstellung der website **[www.nische-sh.de](http://www.nische-sh.de)**.

In 2006 konzentrierte sich die Arbeit im Netzwerk auf die Konzeptionierung, Planung und Durchführung der Fachtagung „Menschen ohne Papiere – Menschen ohne Rechte?“ am 6. Dezember 2006 in Kiel. Mit dieser Tagesveranstaltung leistete NISCHE einen wichtigen Beitrag dazu, aktuelle Informationen über die Situation von „Menschen ohne Papiere“ zusammenzutragen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und diese mit Verantwortlichen in Schleswig-Holstein zu diskutieren.

Unter Beteiligung von FachreferentInnen aus dem Bundesgebiet und den schleswig-holsteinischen Ministerien für Inneres, Bildung und Soziales wurden die ca. 80 TeilnehmerInnen umfassend über die Themen: „Schutz vor Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt“, „Recht auf Bildung“ und „Medizinische Versorgung“ informiert. Diskussionsforen am Nachmittag boten die Möglichkeit Handlungsansätze vorzustellen und zu diskutieren. Im ersten Quartal 2007 wird eine Dokumentation der Fachtagung vorliegen.

*NISCHE* sind u.a.: • Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein • Diakonisches Werk Schleswig-Holstein • Diakonieverein Migration Pinneberg e.V. • Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. • Gesellschaft für politische Bildung e.V. Kiel • Grenzgänger Neumünster e.V. • Heinrich Böll-Stiftung Schleswig-Holstein • Lübecker Flüchtlingsforum e.V. • NEK-Flüchtlingsbeauftragte • ZBBS e.V. • LAG der Frauenhäuser • Frauennotruf Kiel • contra –Fachstelle für Betroffene von Frauenhandel in Schleswig-Holstein •

*Claudia Langholz*





# Der Vereinszweck des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

(Auszug aus der Satzung)

Der Verein trägt den Namen „FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V.“.

Er wurde am 12.10.1991 gegründet. Er hat seinen Sitz in Kiel und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen. Gerichtsstand ist Kiel.

## § 2

Der Verein versteht sich als landesweite parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einsetzen.

Zweck des Flüchtlingsrates ist es, die Situation der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zu verbessern, für die Achtung ihrer menschlichen Würde einzutreten und ein besseres Zusammenleben zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu fördern.

Dazu

- koordiniert er Aktivitäten von Initiativen von Flüchtlingen und für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein,

- schafft er Verbindungen der Gruppen und Einzelpersonen untereinander und zu politischen und sozialen Institutionen und Verbänden,
- fördert er den Austausch von Informationen zwischen den Gruppen und die Vertretung relevanter Informationen,
- koordiniert er politische Aktionen,
- nimmt er Einfluss auf den Entscheidungsprozeß der Ausländergesetzgebung im Land,
- vertritt er die Flüchtlingsarbeit gegenüber politischen Parteien, sozialen Institutionen und Verbänden, der Landesregierung etc. in Fragen der Flüchtlingsproblematik von überregionaler Bedeutung.
- führt er Bildungsveranstaltungen und Schulungen durch und ist Träger von Projekten und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung.
- engagiert er sich auf der Grundlage von EU-Richtlinien und Bundesgesetzen in

Gremien, Kampagnen und politischen Initiativen für den Schutz vor Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

- übernimmt und koordiniert der Verein Vormundschaften, insbesondere für minderjährige Flüchtlinge und betreibt Schulung, Begleitung und Werbung von EinzelvormünderInnen.

Der Verein verfolgt keinen Erwerbsszweck, sondern ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

### Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

- versteht sich als landesweite, parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge und Ausländer in Schleswig-Holstein einsetzen,
- koordiniert und berät die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen und fördert das Verständnis für Flüchtlinge und Ausländer in der Öffentlichkeit,
- setzt sich politisch für die Rechte der Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ein, durch Kontakt mit der Regierung, Verwaltung und parlamentarischen Gremien in Schleswig-Holstein,
- arbeitet bundesweit eng zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL e.V. und den anderen Landesflüchtlingsräten.



An den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.  
Oldenburger Str.25  
24143 Kiel  
Tel.: 0431-735 000  
Fax: 0431-736 077  
Email: office@frsh.de

Absender:  
Name:  
Anschrift:  
  
Telefon/Fax:  
  
Email:

- Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat werden und hiermit meinen Beitritt erklären:
- als individuelles Mitglied
- als delegiertes Mitglied der Gruppe/Organisation:
- Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt:
- den Regelbeitrag von 18,40 Euro
- den ermäßigten Beitrag von 9,20 Euro
- den mir genehmen Beitrag von ..... Euro
- ich beantrage eine beitragsfreie Mitgliedschaft
- Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. diesen Beitrag von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.:  
BLZ:  
Bankverbindung:

Datum:  
  
Unterschrift:

# Das Leitbild des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

## Die Struktur

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist der landesweite Zusammenschluss der Flüchtlingssolidarität und Flüchtlingsselbsthilfe in Schleswig-Holstein.
- Er ist Fachverband, Beratungs- und Dienstleistungsstelle sowie politisches Vertretungsorgan von Selbstorganisationen, Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen.
- Seine Organe und Instrumente sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Geschäftsstelle.

## Die Philosophie

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. sind seine Mitglieder.
- Diese treten ein für eine Gesellschaft, die uneingeschränkt die Menschenwürde aller achtet.
- Der Flüchtlingsrat ist parteilich und fordert für alle Menschen, dass sie unbeschadet von jedweder Beschränkung, Diskriminierung und Rassismus, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Der Flüchtlingsrat leistet direkte Hilfe.

## Die Definition

- „Flüchtlinge“ im Sinne des Flüchtlingsrates sind alle Migrantinnen und Migranten, die oder deren Angehörige ihr Herkunfts- oder ein Drittland wegen sie dort bedrohender prekärer Situationen verlassen mussten oder dorthin ausreisepflichtig sind.
- Fluchtgründe oder Rückkehrgefährdungen i.d.S. können sein:
  - staatliche oder nichtstaatliche politische Verfolgung,
  - Krieg oder andere militärische Gewalt und ihre Folgen,
  - ethnische oder gruppenspezifische Diskriminierung, Pogrome,
  - geschlechtsspezifische Gewalt, Versklavung,
  - Gefährdungen von Leib und Leben als Folge ökologischer Veränderung oder wirtschaftlicher Globalisierung,
  - medizinische o.a. Unterversorgung.

## Über parteilich

- Der Flüchtlingsrat ermittelt, vernetzt und fördert die dezentral im Flächenland in der Flüchtlingssolidarität engagierten Organisationen, Initiativen und Personen.
- Er initiiert und moderiert aus parteilicher Perspektive flüchtlings- und integrationspolitische Diskussionen über institutionelle, weltanschauliche oder ideelle Grenzen hinweg.

## Themen & Instrumente

- Der Flüchtlingsrat sondiert akute und mittelfristige Themen und Strategien in internen Gremien (Mitgliederversammlung und FORUM) und übergreifend in Arbeitskreisen und Netzwerken.
- Er setzt diese Themen in Beratung und anderen direkten Hilfen, Aktionen, thematischen Projekten oder Kampagnen um.
- Er vertritt seine flüchtlingspolitischen Anliegen im Zuge regelmäßiger direkter Lobbyarbeit gegenüber Parteien sowie kommunalen, Landes- und Bundesbehörden.

## Profilierte Vielfalt

- Im Flüchtlingsrat pflegt Meinungsvielfalt bei gleichzeitiger Strategie- und Bündnisfähigkeit.
- Dies ist Ausdruck seines interkulturellen Profils, Grundlage seiner politischen Handlungsfähigkeit und erhält öffentliche Transparenz.

## Gesellschaftliche Ziele

- Im Zuge seiner Öffentlichkeitsarbeit macht der Flüchtlingsrat die Ursachen und Verursacher von Flucht- und Migrationsbewegungen transparent, skandalisiert Rechtslagen und administrative Ausgrenzungen.
- Er legt die einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenstehenden Interessenlagen offen, diskutiert Motive und Konsequenzen nationaler Ausgrenzungs- und europäischer Abschottungspolitik.
- Gleichzeitig wirbt er gegenüber Politik und Gesellschaft für parteiliche

Solidarität, für Respekt und für die Integration aller Flüchtlinge.

## Förderung

- Der Flüchtlingsrat fördert die Kompetenz seiner Mitglieder durch themenspezifische Schulungen und Bildungsangebote.
- Der Flüchtlingsrat reagiert auf besondere Marginalisierungsbedingungen. Hierbei realisiert er exemplarische Projekte zur Integrationsförderung spezieller Gruppen und setzt bspw. Kampagnen zur Beseitigung struktureller Diskriminierungen um.

## Empowerment

- Der Flüchtlingsrat fördert durch strukturelle und direkte Hilfen Selbstorganisation und Empowerment.
- Der Flüchtlingsrat vermittelt und gewährt seinen Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten Beratung und materielle und informative Strukturhilfen.

## Das Mandat

- Die Menschenrechtsarbeit des Flüchtlingsrates ist antirassistisches zivilgesellschaftliches Engagement.
- Das von ihm Geleistete entspricht weitgehend staatlicher Pflichtaufgabe bei der Aufnahme, der Schutzgewährung und Integrationsförderung von Flüchtlingen.

## Solidarität kostet Geld

- Der Flüchtlingsrat finanziert seine Arbeit – bei strikter Wahrung seiner Unabhängigkeit – wo es möglich ist durch öffentliche Gelder, Drittmittel und Spenden.
- Der Flüchtlingsrat organisiert und fördert die Möglichkeit direkten wie indirekten Engagements.

*Beraten in den Mitgliederversammlungen im Februar und Juni 2004 und beschlossen durch die Mitglieder am 15. September 2004.*